

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 2,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Anzeigen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Von Sand bis Brandt.

Sinter all den Beschwerden, die die Konservativen seit ihrer Niederlage im Jahre 1912 gegen den Reichstag vorzubringen hatten, und die schließlich in der wilden Geze der letzten Monate gipfelten...

Auch als eines der im vergangenen Jahre neugewählten konservativen Mitglieder des preussischen Landtags legte die lästigen Fesseln sprengte und aus seinem Herzen nicht länger eine Würdergrube machte...

So würde wohl auch der Vorstoß des etwas unstaatsmännlichen Herrn Amtsrückers ohne stärkere Wirkung geblieben sein, wenn Herr Sand nicht in Herrn Brandt im rechten Augenblick ein Helfer entstanden wäre...

Die Liberalen möchten allerdings die Resolution des Handelstages und das Referat, durch das sie begründet wurde, als absolut harmlos hinstellen...

Um die Ehrlichkeit der liberalen Presse nicht in Zweifel zu ziehen, wollen wir annehmen, daß sie nicht genug ist, selber zu glauben, was sie da erzählt...

Wir dürfen doch wirklich überzeugt sein, daß auch die Mitglieder der deutschen Handelskammer die Vorgänge auf politischem Gebiete einigermaßen verfolgen...

im preussischen Abgeordnetenhaus einen so herrlichen Triumph gefeiert haben.

Nun ist mit dem Beschluß des Handelstages der schöne Traum des Amtsrückers von der Liga zur Bekämpfung des Reichstagswahlrechts allerdings noch nicht verwirklicht, aber für all die abfällige Kritik, die sich aus dem konservativen Lager jetzt wieder an die Öffentlichkeit wagt...

Eine Liga ist damit, wie gesagt, noch nicht geschaffen, aber der Rechtsabwärtich der kapitalstarken Teile des liberalen Bürgertums ist unüberkennbar...

Totengefolge.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Wandelt die Republik dem Kampf um Leben und Tod entgegen? Schon gehen im Parlament Högelschauer nieder. Und auf den Boulevards erscheinen gleich Sturmbögen neue Zeitungen mit großen Titeln und erhitzen Worten: 'Le Rengeur', der 'Rächer'...

Also, Paris ist aufgeregt. In der Wandelhalle der Kammer glauben die klügsten Spieler und Krieger der Politik an die wildesten Bluffs, auf den Boulevards reihen die Leute den Zeitungshändlern die frischen Plätter aus der Hand...

gränbis Victor Roirs, des von einem Bonaparte erschossenen republikanischen Journalisten, zu ziehen. Damals ist das Pariser Volk aufgestanden — ein düsteres, ungeheures Heer fast voll unheilfindend an den Mauern der Tuilerien emporkam...

Freilich — auch die 'Camelots du roy' waren da. Man darf diese jungen Leute nicht unterschätzen. Die 'Action Française' ist heute unteilhaftig die bestgefüllte streitbare Organisation Frankreichs — die französische Arbeiterschaft leider inbegriffen...

Die Gruppen der 'Action Française' sind lärmend, skandalös und zuversichtlich. Man hört fast nur mehr sie in der allgemeinen Verdrossenheit. Trotzdem haben sie von der Zukunft nichts zu erwarten...

Caillaux und Fabre.

Paris, 23. März. Vor der Rochette-Kommission wiederholte Caillaux seine vorhergehende Aussage, beharrte bei ihr und ergänzte sie. Er verlangte denjenigen kennen zu lernen, der dem Advokaten Bernard sagte, daß der Ausschub bewilligt werden würde...

Staatsanwalt Fabre, der in Gegenwart Caillaux's genommen wurde, hielt die Angaben über den Zeitpunkt der Unterredungen mit Ronis und der Abfassung des Protokolls aufrecht. Ebenso blieb er dabei, daß Caillaux persönlich ihm nichts von einem Ausschub gesagt habe...

Wenn er es seinen Stellvertretern Bloch-Larouque und Scherdlin gezeigt habe, so sei dies geschehen, um zu beweisen, daß er kein Narr sei. Er habe kein Geld erhalten, wie ein Gerücht wissen wollte. — Cailaux sagte auf Befragen aus, er habe seinen Nachfolger über seine Unterredung mit Fabre in Kenntnis gesetzt. Fabre, von neuem befragt, erklärte, er habe es vor acht Tagen abgelehnt, das Schriftstück dem Justizminister zu übergeben, habe ihm aber dessen Inhalt dargelegt. Cailaux entgegnete, aus den Erklärungen des Justizministers Vivienne Martin gehe hervor, daß Generalstaatsanwalt Fabre sich auch geweigert habe, den Inhalt mitzuteilen.

Am Schlusse der Vernehmung sind Cailaux und Fabre darin einig, daß Fabre sich niemals mit Cailaux, weder direkt, noch indirekt, über die Rochetteangelegenheit unterhalten habe.

Die Kammer hat heute die Vorlage über die Erteilung richterlicher Befugnisse an den Rochetteauschuss in der Senatsfassung angenommen. Laurès behielt sich im Laufe der Beratung vor, erforderlichenfalls eine Ausdehnung der Vollmachten zu verlangen.

Frau Cailaux.

Paris, 23. März. (B. L. V.) Frau Cailaux wurde heute abends zu einem Verhör nach dem Justizpalast gebracht. Sie wurde der Witwe des Alexs Chartram gegenübergestellt, welche erklärte, der Herausgeber eines Blattes habe ihr mitgeteilt, daß man in verschiedenen Redaktionsstuben mehrere intime Briefe Cailaux' an seine Gattin recht wohl gekannt habe.

Der Kampf um Home-Rule.

Man schreibt uns aus London:

Die groteske Komödie, die von den Konserverativen Desperadopolitikern seit Monaten aufgeführt wird, ist an dem Punkte angelangt, wo sie beim ersten Anlaß in eine furchtbare Tragödie umschlagen kann. Die Bluffpolitik wurde mit einer verbrecherischen Rücksichtslosigkeit betrieben, die keine Grenzen kannte. Die liberale Regierung ermutigte die Konterrevolutionären Umstürzler, indem sie ihrem Treiben unentgeltlich zuzah und ihre Gewaltandrohungen mit Konzessionen beantwortete. Aber jede neue Konzession wurde nur mit immer frecheren Gewaltandrohungen beantwortet.

Daß keiner mehr vor einem wirklichen „Bürgerkrieg“ zittert als die Konserverativen und ihre Sippe ganze von Junkern, Kapitalisten und Rentnern, ist sicher. Es gibt keinen Staat in der Welt, der so tief in der Weltwirtschaft steckt, dessen wirtschaftliche und politische Machtstellung ein so zartes Gewebe von zahllosen dünnen Fäden ist, in dem so viele und so hohe Interessen vom ungehörten Fortgang des wirtschaftlichen und sozialen Lebens abhängen, wie England. Aber gerade deshalb hofften die reaktionären Despoten die Regierung oder die liberale Partei zu einem selbstmörderischen Rückzug zwingen zu können, wenn sie nur lange genug die Masse der grimmigen Entschlossenheit am Gesichte behalten könnten. Und wenn ihr Spiel bei den Liberalen versagte, dann konnte man noch immer hoffen, dem König die gehörige Angst einzujagen, damit er nur seinen ganzen Einfluß einsetze, die Regierung zum Rückgeben zu bewegen.

Aber aus dem Spas kann Ernst werden! Wer weiß, ob es ihnen gelingen wird, mit einer leicht erregbaren, fanatischen Bedürfnislosigkeit ihr Spiel zu treiben. Das monatlang fortgesetzte blödsinnige Geschwätz vom „Bürgerkrieg“, die Bewaffnungen, das Drillen, das Soldatenspiel, die grotesken Fidschwüre und der ganze Theaterdonner sind nicht auf ein Kommandowort des Herrn Carson wegzublasen. Es hat törichte Menschen in Ulster gegeben, die alles das für bare Münze nahmen, und wenn es blutige Köpfe gibt, dann werden die Konserverativen Heher und die liberalen Schwächlinge die Verantwortung teilen müssen. Das Manifest Carsons, in dem er zur Ruhe mahnt, ist ein Zeichen dafür, daß die Rebellenführer von Ulster eine Panik ob der möglichen Folgen ihrer Hege ergriffen hat. Und wir mögen bald das Schauspiel erleben, wie Herr Carson alle seine Kräfte in dem verzweifeltsten Bemühen erschöpft, sein Rebellenheer und seine noch weniger kontrollierbaren Nachzügler im Zaume zu halten.

Der bedrohliche Charakter einer Situation, der zu entzinnen im höchsten Interesse beider Parteien liegt, erhöht die Ansicht auf einen schnellen und vielleicht plötzlichen Friedensschluß. Es fehlt nicht an Zeichen, daß im stillen hieran gearbeitet wird. So sind merkwürdigerweise die „Times“, die bisher den Mund mit Bürgerkrieg voll hatten, heute plötzlich ganz versöhnlich geworden. Es scheint, als ob die Konserverativen die geringste weitere Konzession der Regierung jetzt mit Erleichterung aufnehmen würden, um sich aus einer unmoralisch gewordenen Situation zu befreien.

Die sich auch die Dinge entwickeln mögen, die Arbeiterfrage Englands kann ihnen mit Seelenruhe entgegenblicken. Kommt es wirklich zu schweren Ruhestörungen in Ulster, dann ist die Arbeiterpartei die einzige, die keinerlei Schuld trifft und die im allgemeinen Bankrott sittlich und politisch unversehrt dasteht. Im übrigen brauchen die Arbeiter — abgesehen davon, daß die Arbeiter von Ulster die ersten Opfer wären — es nicht zu beklagen, wenn die herrschenden Parteien einander wie besessenen Wunden schlagen. Es wird ihnen auch nichts schaden, wenn dabei der ganze Herrschaftsapparat der Bourgeoisie desorganisiert und möglicherweise auch die Disziplin der Armee untergraben wird. Sie werden im Gegenteil den Dingen mit gespanntem Interesse zusehen und nützliche Lehren aus ihnen ziehen.

Eine Erklärung des Kriegsministers.

London, 23. März. Unterhaus. Vor nichtbesehendem Hause gab Kriegsminister Oberst Seely eine kurze Erklärung über die militärischen Ereignisse. Er sagte, am Freitagabend seien im Kriegsamt von General Paget Nachrichten eingelaufen, daß einige ihm untersuchende Offiziere ihn verständigt hätten, daß sie unter gewissen Voraussetzungen nicht in der Lage sein würden, die Weisungen auszuführen, die er künstlich für notwendig erachteten sollte, ihnen mitzuteilen. Der Armeestab habe die Bestimmung getroffen, daß die älteren vereinigten Offiziere sich beim Generaladjutanten im Kriegsamt melden sollten. Soweit aus der Untersuchung des Armeestabs hervorgehe, sei es klar, daß der Zwischenfall darauf zurückzuführen sei, daß eine an die Offiziere von Sir Paget gestellte Frage mißverstanden wurde. (Weiterkeit bei der Opposition.) Jetzt seien sie angewiesen worden, sich zu ihren Truppenkörpern zurückzugeben. Hinsichtlich der Truppenbewegungen wiederholte der Kriegsminister die in der Presse bereits erschienenen Mitteilungen und sagte, der Zweck der Bewegungen sei, die Waffen, Vorräte und Munition der Regierung zu schützen. (Zwischenruf der Opposition: Vor wem zu schützen?) Alle Bewegungen seien durchgeführt worden im Einklange mit den Weisungen Sir Pagets und alle Befehle seien pünktlich und unbedingt befolgt worden.

Die Minister sind zu einer außerordentlichen Beratung zusammengetreten.

Bonar Law erklärte, die Lage sei weit ernster, als Kriegsminister Seely angebeutet habe; er führte dann die Erklärungen an, die, wie er sagte, von General Paget und seinen Offizieren gegeben worden sei, nachdem Paget seinen Besuch im Kriegsamt gemacht hätte. Diese Erklärung sei dahin gegangen, daß aktive Operationen gegen Ulster begonnen werden sollten, daß Paget erwarte, daß das Land am Sonnabend in Flammen stehen werde und daß er Weisungen aus dem Kriegsamt erhalten habe: erstens, daß die Offiziere, welche in Ulster beheimatet sind, die Erlaubnis erhalten würden, in Ulster zu gehen und wieder eingestellt werden sollten, zweitens, daß diejenigen Offiziere, die nicht gesonnen wären, aktive Operationen gegen Ulster vorzunehmen, ihren Abschied einreichen müßten und entlassen werden würden. Bonar Law erklärte schließlich, unter diesen Umständen würde es für Asquith schwer sein, das Haus oder das Land zu überzeugen, daß mit oder ohne sein Wissen einige seiner Kollegen, die die Regierung vertreten, diese Truppenbewegungen nicht vorgenommen hätten im Sinne eines abgekarteten Planes, um Ulster entweder herauszufordern oder einzuschüchtern.

Der Streit der Offiziere.

London, 23. März. Ueber die Abschiedsgesuche der Offiziere in Irland berichtet die „Press Association“ aus Dublin: Am Freitag früh erhielten die Offiziere der 3. Kavallerie-Brigade in Dublin die Mitteilung des Kriegsamtes, daß sie, wenn sie nicht bereit wären, unter gewissen Voraussetzungen aktiven Dienst in Ulster zu tun, binnen 12 Stunden ihren Abschied einzureichen hätten. Nach der Parade fand eine Offiziersversammlung statt. Brigade-General Gough erklärte, er habe bereits seinen Entschluß gefaßt und fordere die Offiziere auf, die Lage zu überdenken und ihm ihre Entscheidung mitzuteilen. So gut wie alle Offiziere erklärten sofort, sie würden dem Beispiel des Generals folgen und ihr Abschiedsgesuch einreichen. Dieses Ergebnis wurde telephonisch dem 5. Lanzer-Regiment mitgeteilt, worauf 70 von den 78 Offizieren dem Beispiel folgten. Bis zum Abend wurde der Oberstkommandierende Sir Arthur Paget hiervon in Kenntnis gesetzt. Er setzte sich seinerseits mit dem Kriegsamt in Verbindung und hatte am Sonnabend Besprechungen mit den Offizieren der 4. Husaren und der 3. Lanzer. Sir Arthur Paget erklärte, das Kriegsamt sei bereit, das Abschiedsgesuch des Generals Gough und des rangältesten Majors anzunehmen. Die anderen Offiziere würden dagegen die Konsequenzen zu tragen haben, das heißt, sie würden wegen Gehorsamsverweigerung arretiert und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Zugleich wurde den Offizieren mitgeteilt, daß die Truppenbewegungen in Ulster gegenwärtig nur den Zweck hätten, das Staatsvermögen zu schützen und der Polizei in der Aufrechterhaltung der Ordnung beizustehen. Die Offiziere erklärten sich unter dieser Voraussetzung bereit, nach Ulster zu gehen, erklärten aber definitiv, an Feindseligkeiten gegen die Royalisten von Ulster nicht teilzunehmen. Diese Erklärung wurde nach London telegraphiert, worauf General Gough und die Obersten der 16. Lanzer und der 5. irischen Lanzer nach London gerufen wurden. Einstweilen sind die Befehle für den Transport der Kavallerie nach Ulster suspendiert worden. In der 13. und 14. Infanterie-Brigade und in der 3. Artillerie-Brigade, die in Irland stehen, sind in jedem Regiment mehrere provisorische Abschiedsgesuche eingereicht worden. Man erfährt indessen, daß die Offiziere, die ihren Standort in Ulster haben, keinen Befehl zum aktiven Dienst erhalten haben, sondern daß man ihnen die Wahl zwischen Abschied und längerem Urlaub lassen würde. Alle Infanterie- und Artillerieregimenter im Süden von Irland sind dem Befehl, nach Norden zu gehen, gefolgt. General Ferguson vom zweiten Bataillon des Manchester-Regiments sagte am Samstag in einer Ansprache an die Offiziere und Mannschaften, seine und der Seine Sympathien seien auf Seiten Ulsters. Er hoffe, sie würden nicht die Waffen gegen die Provinz zu brauchen haben, aber wenn sie den Befehl erhielten, so würden sie als loyale Soldaten des Königs gehorchen. Die 4. Husaren sind das Regiment, dem Winston Churchill als Offizier angehört hat.

Die Zeitungen melden, daß in Ulster vollkommene Ruhe herrsche.

Politische Uebersicht.

Der Nachtragsetat.

In rascher Folge erledigte der Reichstag am Montag eine ganze Reihe kleiner Vorlagen und bewilligte dann das Etatsnotgesetz, das bei der Verzögerung in der Beratung des ordentlichen Etats notwendig geworden ist. Bei der zweiten Lesung des Nachtragsetats für 1913 wurde die Frage des bekannten Grundstücks in der Viktoriastraße zu Berlin behandelt, das in so eigenartiger Weise für Zwecke des Militärkabinetts erworben worden ist. In der Budgetkommission hatte die Regierung keine Zweifel darüber gelassen, daß das Vorgehen nicht korrekt gewesen ist. Selbstverständlich war aber an der Sache selbst nicht mehr viel zu ändern. Die Kommission beantragte deshalb, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Beschlussfassung vorbehalten werden soll, und verlangte ferner, daß die Frage des Regressanspruchs des Reichs einer näheren Prüfung zu unterwerfen ist. Des weiteren sollen in Zukunft Grundstückstauschgeschäfte etatsrechtlich die Behandlung von Kaufgeschäften erfahren, und endlich wird vom Reichskanzler die beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes gefordert. Genosse Stücken gab eine ausführliche Schilderung der Vorgänge, wie sie sich abgepielt haben, und bei denen sich die absolut unzulässige Selbstherrlichkeit der Militärverwaltung gezeigt hat. Er ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um eine höchst unangenehme Schiedsangelegenheit handele, der gegenüber der Reichstag ein sehr energisches Wort sprechen müsse. Auch die Redner der anderen Fraktionen waren genötigt, das Verfahren zu kritisieren, und der Schatzsekretär ebenso wie der Kriegsminister plädierten nur auf mildernde Umstände. Genosse Ledebour hob demgegenüber die unbedingte Notwendigkeit hervor, mit aller Schärfe die Wiederkehr solch peinlicher Erscheinungen zu vermeiden.

Nach Annahme der Kommissionsanträge wurde der Etat des Reichskabinetts in zweiter Lesung erledigt. Genosse Stolle benützte die Gelegenheit, um das System der Einfuhrzölle einer energischen Kritik zu unterwerfen.

Am Schlusse der Sitzung gab es noch eine Debatte über die Veteranenbeihilfen, bei der Genosse Südekum die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion kurz darlegte. Entsprechend der immer eingenommenen Haltung will die sozialdemokratische Fraktion eine möglichst weitherzige und gerechte Behandlung der Veteranen erwirken.

Morgen wird der Etat für Krainschau beraten.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus leistete am Montag schnelle Arbeit. Zunächst überwies es die Vorlage betr. die Röhler Eingemeindung an die verstärkte Gemeindefunktion, nachdem u. a. die Konserverativen Bedenken gegen die Stadterweiterung vorgebracht hatten, während umgekehrt namens der Sozialdemokraten Genosse Wolf Hoffmann sich für die Vorlage aussprach und dem Verlangen Ausdruck verlieh, die gleichen Grundzüge auch auf Berlin anzuwenden, das zwar nicht wie Röhler von einem Festungsgürtel, wohl aber von einem Wall von Vororten umgeben sei und an seiner Ausdehnung gehindert werde.

Allseitige Zustimmung fand die Novelle zum Fürsorgeerziehungs-gesetz, die die rechtzeitige Entfernung gefährdeter Kinder aus ihrer Umgebung ermöglchen will. Auch die Genossen Adolf Hoffmann und Girsh sprachen sich unbeschadet ihrer prinzipiellen Stellung zum Fürsorgeerziehungs-gesetz für die Abänderung aus, betonten aber nachdrücklich die Notwendigkeit, durch positive Maßnahmen der Verwahrlosung der Kinder entgegenzutreten und nicht so lange zu warten, bis die Kinder verdothen sind.

Nach debattierender Erledigung einiger kleinerer Etats fehlte bei der Beratung des Etats der Zentralgenossenschaftsklasse eine lebhafteste Diskussion ein, in der besonders Abg. Dr. Crüger (Sp.) die wirtschaftliche Freiheit der Genossenschaften forderte und die diese wirtschaftliche Freiheit einschränkende Maßnahmen der Regierung bekämpfte.

Am Dienstag sollen wieder kleinere Etats beraten werden.

Das beanstandete Plakat.

Bekanntlich hatte das Berliner Polizeipräsidium das Plakat zu den Frauenversammlungen, mit denen in Berlin die „Rote Woche“ eröffnet wurde, beanstandet. Auf Beschwerde beim Polizeiminister wurde dann das Plakat unter der Bedingung zum Anschlag zugelassen, daß die Tagesordnung: „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ abgeändert wurde in: „Das Frauenwahlrecht“. Nunmehr ist dem beschwerdeführenden Veranstalter der Plakatierung auch der Entscheid des Oberpräsidenten zugegangen. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Potsdam, den 20. März 1914. O. P. 5217.

Ihrer an den Herrn Minister des Innern gerichteten, an mich zur Verfügung abgegebenen Beschwerde vom 6. d. M. wegen Beanstandung eines Plakats für die Frauenversammlung vom 8. März vermag ich nicht stattzugeben.

Nach dem durch § 30 des Reichspressgesetzes aufrechterhaltenen § 9 des preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 dürfen Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über geliehene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Die Ausnahmen von dem Plakatverbot sind nach der mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen übereinstimmenden Rechtsprechung eng zu interpretieren. Ebenso wie Nachrichten für den gewerblichen Verkehr den rein geschäftlichen Charakter verlieren, wenn mit ihnen ganz andersartige politische Hinweise verbunden werden (Erkenntnis des Kammergerichts vom 20. September 1907, „Deutsche Juristenzeitung“ 1908, S. 62 und vom 12. Oktober 1908, Kompy und Dellus Rechtsprechung, Ergänzungsband S. 254), muß auch angenommen werden, daß Plakate über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen den gesetzlich gestatteten Inhalt übersteigern, wenn sie, abgesehen von der bloßen Ankündigung einer Versammlung und des Verhandlungsgegenstandes, darauf abzielen, für eine politische Forderung selbständig Propaganda zu machen. Dies trifft in dem zur Entscheidung liegenden Falle zu. Das besonders große Plakat, das mit der Überschrift „Frauentag in rotem Druck beginnt, dann die Angaben über die Versammlungsorte und das Wort „Tagesordnung“ in schwarzem Druck bringt und zum Schluß in hervorragendem und besonders in die Augen fallendem roten Druck die Worte „Draus mit dem Frauenwahlrecht!“ enthält, dient offenbar neben der Ankündigung einer Versammlung dem Zwecke, bei dem am Plakat vorübergehenden Publikum für die Einführung des Frauenwahlrechts eindringlich Propaganda zu machen. Wollte man das Verbot als zulässig ansehen, so könnte unter dem Vorwande der Angabe einer Tagesordnung für jede politische Forderung in Form des Plakats agitiert werden, was die Absichten, die bei Erlaß des Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 maßgebend waren, vereiteln würde.

Der langen Rede kurzer Sinn ist also, daß das Plakat mehr als die Bekanntgabe der Tagesordnung der Versammlungen enthalten habe. Das ist aber absolut unrichtig. Das auf dem Plakate mitgeteilte Thema bildete tatsächlich den Inhalt der gehaltenen Referate.

Da nun ohne gröblichste Gesehensverletzung doch den Einberufern der Versammlungen unmöglich verwehrt werden kann, über jede politische Forderung sprechen zu lassen, muß es auch gestattet sein, die Tagesordnung dieser Versammlungen zu plakatieren. Eine Bevormundung ohnegleichen aber ist es, wenn sich die Polizeibehörden anmaßen, den Versammlungseinberufern vorschreiben zu wollen, welchen Wortlaut sie der Tagesordnung zu geben haben oder gar, in welcher Schriftart die Plakate gedruckt sein sollen!

In dem preussischen Plakatgesetz steht davon kein Wort! Dort ist weder ein Musterformular vorgeschrieben noch die Einfuhrzölle gegeben, daß der Sinn der Veranstaltung auf dem Plakate geheim zu halten ist. Auf nichts anderes als auf die Unterschlagung des beabsichtigten Charakters und der politischen Tendenz der Versammlung läuft aber die neue Anwendung oder vielmehr Nichtanwendung des preussischen Plakatgesetzes hinaus!

Daß die Sozialdemokratie nicht geneigt ist, sich solche Beeinträchtigungen der ohnehin so kärglich bemessenen Volksrechte gefallen zu lassen, versteht sich von selbst. Köme nicht diese Wahrung gesetzlicher Rechte in Betracht, so könnte die Sozialdemokratie sich der besondern Agitation, die Herr v. Jagow für die Frauenversammlungen betrieben, von Herzen freuen und nichts sehnlicher wünschen, als daß die Polizeibehörden den gleichen propagandistischen Eifer für sozialdemokratische Veranstaltungen auch fernerhin bekunden möchten!

Der Seniorenkongress des Reichstags

beriet am Montag darüber, welche Gegenstände in den nächsten Tagen zur Beratung kommen sollen. Donnerstag und Freitag sollen Wahlprüfungen, der Duellantrag und der Gesetzentwurf über die Konkurrenzklause auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man hofft, bis Freitagabend die Beratungen hierüber zu beenden. Es kam noch in Betracht, die Postdampfervorlage auf die Tagesordnung zu stellen; doch wurde hierüber abgesehen, weil sich parlamentarische Hindernisse ergaben.

Veränderungen im Auswärtigen Amt.

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Der seit längerer Zeit geplante Botschafterwechsel wird sich in kurzem vollziehen:

Dr. Bourtales verläßt Petersburg und an seine Stelle tritt Herr v. Schöen; den Pariser Votschaffterposten erhält der Staatssekretär v. Zagow, während der Unterstaatssekretär v. Zimmermann als Votschaffter nach Tokio geht; über die Nachfolger dieser Herren ist noch nicht endgültig entschieden.

Deutsch-völkische Partei.

Die Antikemiten haben sich wieder einmal geeinigt. Die ganze Partei in der Stärke von 150 Mann tagte am Sonntag im Reichstagsgebäude. Zuerst die deutsch-soziale und die Reformpartei jede für sich, dann beide gemeinsam. Das Resultat der gemeinsamen Sitzung ist die Vereinigung und die Firmenänderung. Diese zweifelhafte Gesellschaft zeichnet künftig: Deutsch-völkische Partei. Vorsitzender ist der Amtsgerichtsrat Lattmann, sein Stellvertreter ist der Reichstagsabgeordnete Berner-Hersfeld. Diese Einigung wird nicht lange dauern; der Parlamentspräsident behauptet z. B., daß die aus Berner, Gräfe und Bruhn bestehende deutsch-soziale Gruppe sich nur deshalb aufgelöst hat, weil dieses edle Dreigestirn nicht darüber einig werden konnte, wer Vorsitzender sein soll. Auch der neue Name vermag den Ruf dieser Partei nicht zu verbessern.

Nordmarkenpolitik.

Ueber die Ausweisung zweier dänischer Künstlerinnen wird gemeldet:

In der Reihe der Ausweisungen aus Nordfriesland erregt jetzt in Kopenhagen ein Fall besonderes Aufsehen, der die Konzertsängerin Ca Dinesen, die in Berlin studiert hat, und die Pianistin Helene Prahr betrifft. Die beiden Künstlerinnen haben am Sonntag bei einer musikalischen Abendunterhaltung bei Sommerstedt mitgewirkt und dabei Lieder von Grieg, Hartmann und anderen Komponisten vorgetragen. Nach Schluß des Konzertes erschien plötzlich ein Botschafter und forderte die Damen auf, ihm zum Amtsdirektor nach Sommerstedt zu folgen. Dort mußten sie erfahren, daß sie sich unverzüglich über die Grenze zu begeben hätten. Ritten in der Nacht, ohne die Gesellschaftsleiter, die sie noch trugen, wechseln zu können, wurden sie in einem Wagen dritter Klasse eines Dummelzuges, einen Wagenschein an der Seite, über die Grenze geschafft. Die Ausweisung gilt angeblich dauernd für ganz Preußen.

Es ist nicht das erstemal, daß die Nordmarkenpolitik durch Verletzung harmloser Künstler Preußen der Lächerlichkeit preisgibt. Wenn sich z. B. die Dänen Nordfrieslands auch einmal das Vergnügen leisten wollen, den Kopenhagener Sänger Herold, der doch ein besonderer Günstling Wilhelms II. und ein häufiger Gast der Berliner Hofoper ist, zu hören, so entbrennt die wüthende Hege unserer Journalisten. Die Ausweisung der beiden Sängerinnen ist nun die Folge dieser abgemachten Hege.

Nicht einmal die Werke ihrer berühmten Ländlicher dürfen sich die Dänen Nordfrieslands von Landleuten vorführen lassen. Sogar die Kunstpflege wird geächtet und polizeilich verboten. Bessere Schmach kann dem Volke der Denker und Dichter kaum noch zugefügt werden, als durch diese ebenso empörenden wie lächerlichen Polizeiverbote!

Nationalliberal-fortschrittliches Wahlkartell in Sachsen.

Die sächsischen Nationalliberalen haben am Sonntag in Blauen i. S. getagt und das liberale Wahlbündnis für die Landtagswahlen 1915 durch nachstehende Resolution im Prinzip gebilligt:

„Der Vertretertag erklärt in einem allgemeinen latistischen Abkommen mit der fortschrittlichen Volkspartei für die Landtagswahlen 1915 das gegebene Mittel, um den liberalen Einfluss in Sachsen zu verfestigen, und insbesondere die Sozialdemokratie zurückzuführen. Er ermächtigt deshalb den Vorstand des nationalliberalen Landesvereins zu weiteren Verhandlungen unter der Voraussetzung, daß unser bisheriger Beschluß gewahrt bleibt und das ganze Abkommen der Bedeutung der nationalliberalen Partei in Sachsen gerecht wird.“

Die Freikonservativen

hielten in Berlin eine Sitzung des Gesamtvorstandes, ab in der auch die Frage erörtert wurde, ob sich die Freikonservativen, die seit 1888, so lange sie existieren, noch kein Programm besaßen, ein solches schaffen sollen. Der Vorstand verneinte die Frage. Der Ausschuss wurde nur mit der Vorbereitung von Leitlinien für ein sogenanntes Aktionsprogramm beauftragt. Ein wirkliches Programm, so meinte die Mehrheit, würde für sie nur eine Fessel sein.

Die ostafrikanische Pflanzers-Oligarchie.

Die deutsch-ostafrikanischen Pflanzler sind verärgert über die im Reichstag an ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ verübte Kritik. Die Koloniale Korrespondenz teilt nachstehende Protesterklärung des Wirtschaftlichen Verbandes der Nordbezirke von Deutsch-Ostafrika mit:

„Langa, 18. März. Der Wirtschaftliche Verband der Nordbezirke gibt seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß das Forum des Reichstages die Stätte abgab, von der aus ein deutscher Reichsbote gegen deutsche Männer in deutscher Kolonie schwere Beschuldigungen erheben durfte. Er bedauert, daß die gesetzliche Handhabe fehlt, um gegen Verbreiter derartig beleidigender Anschuldigungen, die unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität erhoben werden und die in ihrer Verallgemeinerung durchaus unbegründet sind, vorzugehen. Er erwartet von der Loyalität des Reichstagsabgeordneten Erzberger, daß er nach Erhebung des schweren Vorwurfs, die Eingeborenen würden systematisch betrogen, nunmehr auch mit Namen hervortreten wird, damit eine Bekämpfung der Schuldigen erfolgen kann. Falls dieser billigen Forderung nicht entsprochen wird, sind seine Behauptungen als frivole Verleumdungen zurückzuweisen.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ bemerkt zu diesem anmaßenden Auftreten der Pflanzler mit Recht: „Der Wirtschaftsverband der Nordbezirke richtet sich zunächst an die falsche Adresse, wenn er den Protest in dieser ungehörigen Form gegen den Abgeordneten Erzberger richtet. Er müßte, wenn er Ernst genommen sein will, in erster Linie protestieren gegen die amtlichen Berichte über die Schutzgebiete, auf die Abgeordneter Erzberger sich berufen hat, und gegen Staatssekretär Dr. Solf, der in der Budgetkommission die Mißstände zugegeben hat. Er müßte protestieren gegen die Gesellschaft für Eingeborenenbeschäftigung, die in dieser Frage eine Eingabe an den Reichstag richtete, gegen die Koloniale Rundschau, welche die Zustände in den Kolonien statistisch und dokumentarisch beleuchtete, gegen die Abgeordneten und die Blätter der verschiedenen Parteien, welche diese Mißstände besprochen.“

Rußland.

Ein neuer Streich gegen die Polen.

Warsa, 28. März. (Privattelegramm des „Correspondent“). Die russische Regierung gab den Befehl, daß im Gebiet des gesamten Gouvernements Warsa alle Geschäftsbüros in polnischer Sprache zu entfernen seien. Bei den Kaufleuten, die sich weigerten, diesem Befehl nachzukommen, entfernte die Polizei gewaltsam die Schilder.

Japan.

Rücktritt des Ministeriums.

Tokio, 28. März. Da das Parlament das Budget nicht angenommen hat und infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiserlichen Hof und dem Parlament, hat das Ministerium seinen Rücktritt erklärt.

heiten beider Kammern hinsichtlich der Einschränkung des Flottenbauprogramms hat das Kabinett beschlossen, zurückzutreten.

Argentinien.

Ein sozialistischer Erfolg.

Buenos Aires, 23. März. Gestern fanden in der ganzen Republik die Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften statt. Die Ordnung wurde nirgends gestört. In Buenos Aires sollen die Sozialisten gesiegt haben. Das Wahlergebnis wird erst in einigen Tagen bekannt werden.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von J. G. W. Dieckmann in Stuttgart ist erschienen: Der politische Streit. Von H. Laufenberg. VII und 260 Seiten. Preis broschiert 2 M., gebunden 2,50 M. Band 54 der Internationalen Bibliothek.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vom Charismus zur russischen Revolution. 1. Der heilige Monat. 2. Verurteilung und politischer Streit. 3. Der politische Streit in der russischen Revolution. — Die deutsche Disziplin. 1. Der Stand der Theorie. 2. Der Kölner Gewerkschaftskongress. 3. Die Parteitage von Jena und Mannheim. — Wahlrechtskämpfe. 1. Das Koalitionsoffen. 2. Wahlrechtsänderungen in den Einzelstaaten. 3. Die Verfassungsgesetze im Reich. — Der politische Streit nach der russischen Revolution. 1. Die Kämpfe außerhalb Deutschlands. 2. Die Kämpfe in Deutschland. — Die deutsche Expansion. 1. Deutschland und der Kontinent. 2. Ueberseeseebeziehungen. 3. Panamakanal und Bagdadbahn. — Die Sammlungsbewegung des Bürgertums. 1. Kapitalerwerb und Schulden. 2. Die Bedeutung der Steuerpolitik. 3. Das Koalitionsoffen. — Zur Reife des politischen Streits. 1. Organisation und Rasse. 2. Ultima ratio. 3. Generalstreik. 4. Indirekte und gewerkschaftliche Demokratie.

Ferner ist erschienen: Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung. Von Emile Vandervelde. Autorisierte Uebersetzung von Hanna Gernsheimer-Herb. V und 164 Seiten. Preis broschiert 1 M., gebunden 1,50 M. Band 55 der Internationalen Bibliothek.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Beziehungen zwischen dem Sozialismus und der Genossenschaftsbewegung in der Vergangenheit. I. Owen und Buchez. II. Louis Blanc und Lassalle. a. Louis Blanc. b. Lassalle. III. Karl Marx. Die Beziehungen zwischen dem Sozialismus und der Genossenschaftsbewegung in der Gegenwart. I. England. II. Frankreich. III. Deutschland. IV. Der Kongress zu Kopenhagen. V. Der Kongress zu Hamburg. Die Beziehungen zwischen dem Sozialismus und der Genossenschaftsbewegung in der Zukunft. I. Die Produktivgenossenschaften. II. Die Konsumgenossenschaften. 1. Die sozialistischen Antigenossenschaften. a. Cornelissen. b. Sorel. 2. Die Sozialisten und das Prinzip der Neutralität.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Scharfmachermethoden vor Gericht.

Anfang August 1913 wurde in Köln ein anonymes Flugblatt verteilt: „Wo bleiben die Kölner Arbeitergroßen?“. Vorwiegend war sogar der Name des Redaktors fortgelassen. In diesem Flugblatt war durch allerlei Verdrehungen und Fortlassungen der Eindruck erweckt, als kämen die Gewerkschaftsbeiträge den Mitgliedern „zu allergrößten Teilen“ nicht zugute. Zu diesem Ergebnis kam das Flugblatt, indem sein Verfasser 1. die Beiträge um 178 536,95 M. zu hoch angab, 2. die Unterführungen aus der Hauptkasse um 284 155,70 M. zu niedrig und 3. alle sonstigen Vorteile der Gewerkschaften an ihre Mitglieder unberücksichtigt ließ. Um den Anonymus aus dem Dusch zu locken, wurde er am 18. August 1913 in der „Rheinischen Zeitung“ als „gemeiner Verleumder der Kölner Gewerkschaftsmitglieder“ bezeichnet. Nach sechs Wochen entpuppte sich als der Redaktionshelfer Herr Paul Steller, der bekannte scharfmacherische Schriftsteller und Generalsekretär des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln. Statt sein Unrecht einzusehen, verklagte er den Redakteur Weher von der „Rheinischen Zeitung“ wegen Verleumdung.

In einem zweiten Artikel nahm sich nun die „Rheinische Zeitung“ die „allerdunkelsten Methoden“ des Herrn Steller noch einmal vor, mit dem Erfolg, daß auch gegen den Genossen Sollmann eine Klage erhoben wurde. Damit nicht genug, versuchte er noch eine Klage gegen Sollmann auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, weil dieser entgegen den Wünschen Stellers eine Berichtigung nicht als Leitartikel gebracht hatte. Dieses Verfahren wurde aber eingestellt. Sollmann glorierte nun die „Taten des § 11“ im Hinblick auf die Gesekeskenntnis des wichtig tuernden Generalsekretärs derart satirisch, daß er sich auch deshalb eine Verleumdungsklage zugug. Gegen Weher und Sollmann wurde am 21. März vor dem Kölner Schöffengericht verhandelt. Weher erhielt 150 M., Sollmann 100 M. Geldstrafe, aber nur wegen formaler Verleumdung. Wichtig für die Verurteilung der scharfmacherischen Kampfmethode ist das Geständnis Stellers vor Gericht, er habe das Flugblatt anonym erscheinen lassen, weil die Angaben auf die Arbeiter keinen Eindruck gemacht haben würden, wenn sie gewußt hätten, woher das Flugblatt kam. Auch mußte Herr Steller zugeben, daß er das Flugblatt der freien Gewerkschaften Kölns, auf das er sich in dem Flugblatt bezog, überhaupt nie in der Hand gehabt hatte, sondern seine Wissenschaft sich nur auf einen mißverständlichen Artikel der „Rheinischen Zeitung“ stütze. Weiden Angeklagten wurde der Schutz des § 193 versagt, obwohl sie langjährige Gewerkschaftler sind und Weher sogar den gewerkschaftlichen Teil der „Rheinischen Zeitung“ redigiert.

Die beleidigte Marine.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ in Rastenburg hatte im Dezember vorigen Jahres, als sich von dem Linienschiff „Ostfriesland“ mehrere Matrosen ohne Urlaub entfernt hatten, zum Ausdruck gebracht, daß auf dem Schiff irgendwelche Mißstände vorhanden zu sein scheinen. Wegen dieser Bemerkung wurde der verantwortliche Redakteur vom Landgericht Oldenburg jetzt zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Polnische Wirtschaft im Kaliberbau.

Ein anschauliches Bild von der Planlosigkeit der kapitalistischen Privatwirtschaft bietet der Kaliberbau. Obgleich der dritte Teil der vorhandenen Bergwerke genügen würde, um den Weltbedarf an Kali zu decken, entstehen fortgesetzt neue Schächte. Die bisher erzielten hohen Gewinne der Kaliindustrie haben auf das Kapital so anreizend gewirkt, daß es, von einem wahren Taumel erfasst, immer neue Gründungen ins Leben rufte. Und sie alle, die ihr Geld in Kalibergwerken, hoffen auf reichliche Verzinsung, obwohl das bei einfacher Uebersetzung als ausgeschlossen gelten muß. Am Ende des Jahres 1914 werden mindestens 200 Kaligruben förderfertig dastehen und 100 andere sind im Bau begriffen. Da aber der Verbrauch an Kali bei weitem nicht so schnell zunimmt, ist ein großer Bruch in der Kaliindustrie unausbleiblich. Daran wird das projektierte neue Kaligesetz kaum etwas ändern, vielmehr wird hier das Sprichwort eintreffen: „Die letzten beßen die Hunde.“

Allgemein sind wir von diesem Zeitpunkt kaum noch entfernt. Das geht aus verschiedenen Einzelerörterungen bereits hervor. So wurden kürzlich in Hannover vom Gerichtsvollzieher 49 Ruzer Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Gierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

der Soltau-Kalibergwerke zum Verkauf ausgedient. Hätte es sich um die Anteilsscheine eines alten Wertes gehandelt, so hätte der Gerichtsvollzieher seine 70—100 000 M. von dannen tragen können. So aber handelte es sich um die Anteile eines Wertes, das im Absteuern begriffen ist und noch erhebliche Rubruhen einziehen muß. Da fand sich nach langem Bestimmen ein Käufer, der für alle 49 Ruzer — 15 M. bezahlte!

Die Jubelstimmung über das Schicksal des alten Wertes ist indes schon nachfühlend, wenn sie ein Paar in der Suppe finden und ihre Papierchen gern wieder los sein wollen. Seit Anbeginn haben sie feste Meßen müssen. Einmal waren es 40 M. pro Ruzer, dann 115 M., dann wieder mal 85 M. Schließlich wurde es ihnen zu bumm und sie warfen den lästlichen Paragraphen aus dem Statut hinaus, der sie zur unbeschränkten Zahlung von Jubelstimmung zwang. Geholfen war damit nicht viel — um ihr Geld in dem angefangenen Bau nicht steden zu lassen, mußten sie eben doch wieder in den Beutel greifen. So entstanden nach und nach ein höherer Schachturm, Bureau- und Magazinengebäude, Dampfessel und Maschinen kamen zur Aufstellung, und im Mai 1913 konnte der Grubenvorstand stolz berichten, daß auch der Schacht mit 65 Meter Höhe sich fertig präparierte. Sichtlich haben die Soltau-Kalibergwerke wieder mehrmals Jubelstimmung ertritten, haben sie doch etwas für ihr Geld. Nun ist aber ankündend einigen die Geduld ausgegangen, wie man aus der Augenaktion schließen kann. Es wird aber noch mancher Tag vergehen, ehe das erste Pfund Kali gefördert werden kann.

Wären die Gewerke von ihren Fortwünschen nicht gar so hypnotisiert gewesen, dann hätten sie längst merken können, wie der Dase läuft. Denn alle paar Monate wechselten die Mitglieder des Grubenvorstandes, die ganze Leitung glück einem Taubenschlag. Allerhand Leute mit repräsentablen Titeln probierten ihr Grubentalent und schlangen sich nach einiger Zeit wieder in die Duse. Da waren: ein Dr. jur. und Rechtsanwält, ein Bergmeister a. D., ein Panlier, ein Major a. D. und ein Justizrat. Die Tätigkeit dieser Herren war zwar nicht unrentabel, wie aus den Geschäftsberichten hervorgeht, doch wollen sie lieber aus der Deckung dem Lauf der Dinge folgen. Die letzte Arbeit der gegenwärtigen Leitung bestand darin, daß sie von einer Kommission eine Prüfung der Bücher vornehmen ließ, wozu jedem Mitgliede der Prüfungskommission täglich 100 M. gezahlt wurden. Das wird nicht nur den Reid manches Augenbesitzer erwidet haben, sondern auch den der Arbeiter, die wegen der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Frühjahr 1913 streiken mußten. — Polnische Wirtschaft! Die Kapitalisten mögen ihren Gott bitten, daß sie nicht allgemein wird!

Letzte Nachrichten.

Aus dem Noche-Ausdruck.

Paris, 23. März. In der heutigen Radmüttagssitzung lehnte es Waitre Bertrand neuerlich ab, seinen unbekanntem Gewährsmann zu nennen und über seine Unterredungen mit Caillaux Aufschluß zu geben. Diese Ablehnung sei endgültig. Auf Witten Caillaux erklärte er, daß sein Gewährsmann mit Caillaux nicht identisch sei. Briand erinnerte an die Interpellationen über die Noche-Angelegenheit, auf die er habe antworten müssen und betonte, daß er eine durchaus torrefekte Rolle gespielt habe, von Anfang der Sache an habe er dem Staatsanwalt Anweisung gegeben, Noche streng zu überwachen, und wenn er verdächtig erscheine, ihm vor Eröffnung einer Untersuchung fragen zu lassen, ob er eine Nachprüfung seiner Bücher zulassen wolle.

Weitere Erklärungen der englischen Regierung.

London, 23. März. (B. T. B.) Unterhaus (Fortsetzung). Premierminister Asquith wiederholt, daß die ergriffenen Maßnahmen keine Schutzmahnahmen gewesen seien. Die Regierung habe nicht die Absicht, weitere Schritte zu unternehmen. General Bagel seien keine besonderen Instruktionen gesandt worden außer den bereits erwähnten, die mit den ergriffenen Maßregeln zusammenhängen, und außer den allgemeinen Instruktionen an alle Kommandeure, in denen sie darauf hingewiesen würden, daß es ihre Pflicht wäre, den Zivilbehörden beizustehen, und in denen vorgeschlagen werde, daß die im Umkreisgebiet beheimateten Offiziere nicht dort verwendet werden sollten. Das habe nichts mit Bürgerkrieg zu tun, sondern das gleiche Vorgehen würde eingeschlagen worden sein, wenn es sich um einen Ausstand handelte. Es sei festzuhalten, daß einige Offiziere die von General Bagel an sie gerichteten Bemerkungen und Fragen in weitem Sinne ausgelegt hätten, doch sei der Armeestab überzeugt worden, daß ein Mißverständnis vorgelegen habe (Lachen bei der Opposition). Unter diesen Offizieren habe sich auch General Gough befunden, einer der ausgezeichnetsten Kavallerieführer, aber er und sämtliche Offiziere seien bedingungslos auf ihre Posten zurückgekehrt. Asquith besprach dann die von Bonar Law über die Pflichten der Armee zum Ausdruck gebrachten Ansichten und sagte, wenn Lord's Doktrin von einer großen politischen Partei angenommen würde, so würde der ganze Bau des Staates zerbröckeln. Balfour spottete über die Bemerkungen der Minister Asquith und Seely, daß, was in der Armee geschehen sei, als geringfügig hinzustellen. Er erklärte, die von Asquith erwähnten Instruktionen seien für Ulster bestimmt. Gough habe seine Entlassung nachgesucht, weil er glaubte, er werde den Befehl erhalten, gegen Ulster vorzugehen. Er sei entlassen worden, weil er nicht gegen Ulster kämpfen wollte und sei wieder eingestellt worden, obwohl er bei seiner Erklärung blieb, daß er nicht gegen Ulster kämpfen werde. (Lachen bei der Opposition.)

Die Debatte im Unterhaus dauert fast zwei Stunden. Während der ganzen Zeit war das Haus gedrängt voll und es herrschte große Erregung. Es kam zu mehreren Unterbrechungen, besonders während der Rede des Premierministers Asquith. Ramsay MacDonald erklärte, wenn Gough nicht bereit sei, seine Pflicht zu tun, so sollte er auch nicht in der Armee bleiben. MacDonald warf ferner Bonar Law vor, er predige syndikalistische Lehren, welche einen Darwin ins Gefängnis bringen würden.

Der Absolutismus auf dem Marsche.

Wien, 23. März. (B. T. B.) Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, durch die die Regierung ermächtigt wird, den Betrag von 375 000 000 Kronen durch eine Kreditsperation zu beschaffen.

Vertagung des japanischen Reichstages.

Tokio, 23. März. (B. T. B.) Ein kaiserlicher Erlass ordnet die Vertagung des Reichstages am 23. März an. Dies ist gleichbedeutend mit einer Auflösung desselben, und wenn kein weiterer Erlass die Session verlängert, so wird das Budget für 1913/14, auf das für 1914/15 Anwendung finden, und die Marine wird 6½ Millionen Pfund Sterling verlieren, die in diesem Jahre im Etat für sie ausgeführt waren.

Generalstreik in Peru.

Lima, 23. März. (B. T. B.) Hier ist der Generalstreik erklärt worden. Gabel und Becher ruhen.

**Diese Woche:
Großer Schuh- u.
Strumpf-Verkauf**

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ♦ ALEXANDERPLATZ ♦ FRANKFURTER ALLEE

6 Waggon

Glas - Porzellan - Steingut zu enorm billigen Preisen

Presslassethe „Diamant“

Baccarat-Schliff-Imitation

Kompotteller Stück	5 Pt.
Kuchenteller Stück	28, 55 Pt.
Kompottieren <small>rund oder vierseitig</small>	8, 15 bis 48 Pt.
Kompottieren <small>oval</small>	28, 38, 48 Pt.
Zuckerschalen	12, 14 Pt.
Butterdosen	18, 30 Pt.
Käseglocken	48 Pt.
Römer auf hohem Fuß	18 Pt.

Siangenvasen <small>moderne Formen</small>	
26 cm 32 cm 35 cm 40 cm 50 cm	
32, 42, 50, 58, 85 Pf.	

Tafel- und Kaffee-Seriengeschirr

Porzellan mit Goldrand und Goldlinie

Tafelgeschirr „Faston-form“

Speise- oder Suppenteller	35 Pt.	Saucieren	95 Pt. 1 ²⁵ 1 ³⁰ 1 ⁵⁶
Abendbrotteller	30, 25 Pt.	Gemüseplatten rund	1 ⁸⁵
Kompotteller	20 Pt.	Bratenplatten oval	60 Pt. bis 3 ⁷⁰
Terrinen	3 ⁴⁵ 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰	Salatièren	35, 45, 55 Pt. bis 1 ³⁵
Ragoutschüsseln m Deckel	2 ⁴⁵ 2 ⁹⁵	Beilageschalen	60 Pt.

Kaffeesevice <small>nette Formen und Dekore</small>	6 Pers. 9- 1 ⁷⁵ 9- 1 ⁹⁵ 9- 3 ²⁵ 9- 4 ⁹⁵ 9- 5 ⁷⁵ 12 Pers. 16- 9 ⁷⁵ 16- 11 ⁷⁵				
Tafelservice <small>30-tlg., aparte Form und moderne Dekore</small>	24 ⁵⁰	<small>60-tlg., elegante Form, moderne Randmuster</small>	48 ⁵⁰	<small>80-tlg., mod. Form, zartblumendekore u. massiv Goldhenkel</small>	68 ⁵⁰

Wasch-Garnituren

Bebra	5-teilig	3 ²⁵	
Weissenburg	5-teilig	3 ⁹⁰	
Strassburg	5-teilig	5 ⁷⁵	
Bremen	5-teilig	5 ⁹⁰	
Metz 5-teilig	6 ²⁵	Kassel 5-teilig	7 ⁵⁰
Toilette-Eimer <small>mit Bügel</small>	2 ⁷⁵	<small>und Gold</small>	3 ⁸⁵

Küchen-Garnituren

Vorratsstonne	48 Pt.	Hilwig	65 Pt.
Gewürztonne	22 Pt.	Cécilia	35 Pt.
Flasche	48 Pt.		65 Pt.
Meste	90 Pt.		1 65
Satz Töpfe 6 Stück	1.95		2 75

Wirtschafts-Artikel

Emalle neublau m. Hohlgriffen

Schmortöpfe ohne Ring	30, 45, 55 Pt.
Schmortöpfe mit Ring	45, 55, 70, 95 Pt.
Gastöpfe mit Deckel	75, 90 Pt. 1 ¹⁰
Kasserolle ohne Ring	28, 35, 45 Pt.
Kasserolle mit Ring	45, 65, 80 Pt.
Pfannen mit Stiel	25, 30, 40, 50 Pt.

Wasserkessel für Gas	85 Pt. 1 ¹⁵ 1 ³⁵	Wassereimer	65, 75, 85, 95 Pt.
Wasserkessel mit Saek	1 ⁶⁵ 2 ⁰⁰ 2 ²⁵	Wannen	1 ³⁵ 1 ⁶⁵ 2 ¹⁰ 2 ³⁵
Durchschläge	40, 50, 65 Pt.	Kehrichtschaufln	Stück 45 Pt.
Waschschüsseln <small>Porzellanform</small>	90 Pt. 1 ⁷⁵	Seife, Sand, Soda <small>mit Konsole</small>	1 ³⁵ 2 ⁶⁵
Toiletteneimer	95 Pt., m. Hohlbügel 3 ²⁵	Waschständer	85 Pt. 1 ¹⁵ 1 ⁶⁵
Mülleimer	90 Pt. 2 ⁰⁰ 2 ³⁵	Waschtische <small>geschlossen, mit zwei Schubläden, Pulform</small>	17 ⁵⁰

Küchenmöbel	bestehend aus: 1 Bfett, 1 Tisch, 2 Stühlen, 1 Rahmen 1 Handtuchhalter	57 ⁰⁰ 68 ⁰⁰ 92 ⁰⁰
	bestehend aus: 1 Bfett, 1 Anleiste, 1 Tisch, 2 Stühlen, 1 Handtuchhalter	95 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 175 ⁰⁰

Aluminium

Schmortöpfe mit Deckel	95 Pt. 1 ¹⁰ 1 ²⁵
Fleischtopfe mit Deckel	95 Pt. 1 ¹⁰ 1 ²⁵
Gaskochtopfe m. Deckel	95 Pt. 1 ¹⁰ 1 ²⁵
Stielkasserolle 18 cm	Stück 85 Pt.
Töpfe mit Deckel	Satz = 5 Stück 8 ⁰⁰
Wasserkessel	2 ⁹⁰ 3 ⁴⁵

Heute Billige Lebensmittel

Obst, Gemüse, Butter
Käse, Wurstwaren
Frisches Fleisch, Fische

Sorben erschießen: 247/13*
Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse
Kosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer
Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. — Preis 10 Pf.
Dieser Prozeß, eine der seltenen Blüten preußisch-deutscher Rechtsprechung, der mit der Beurteilung unserer Genossin Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis endete, hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. So interessant nun auch die Ausführungen des Staatsanwaltes sein mögen, auch die Irrungen bei der Anwendung der zur Beurteilung benötigten Paragraphen, alles dies wird in den Schatteln gestellt durch die mitterhaltige und aufrechte Verteidigungsrede unserer Genossin Luxemburg.
Dieser Prozeß wirkt aufpeitschend. Sorgt für eine Massenverbreitung dieser Broschüre!
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69

Lege-Hühner,
garantiert junge, beste Lege, vrell und billigst, empfiehlt F. Wagner, Berlin SO, nur Mariannenstr. 34.
Asthma
wird in heilbaren, wenn auch veralteten Fällen behoben durch meine glänzend bewährten Asthmastropfen, Flasche 2.50 M. Bei starken Anfällen sofortige Hilfe durch indische Asthmakräuter, Kart. 2.00 M. Garant, unschädlich! VorNachahm. jed. Art sei gewarnt! Otto Reichel, Bori. 43, Eisenbahnstr. 4

Petroleumbeleuchtung

im praktischen Gebrauch immer noch am billigsten!

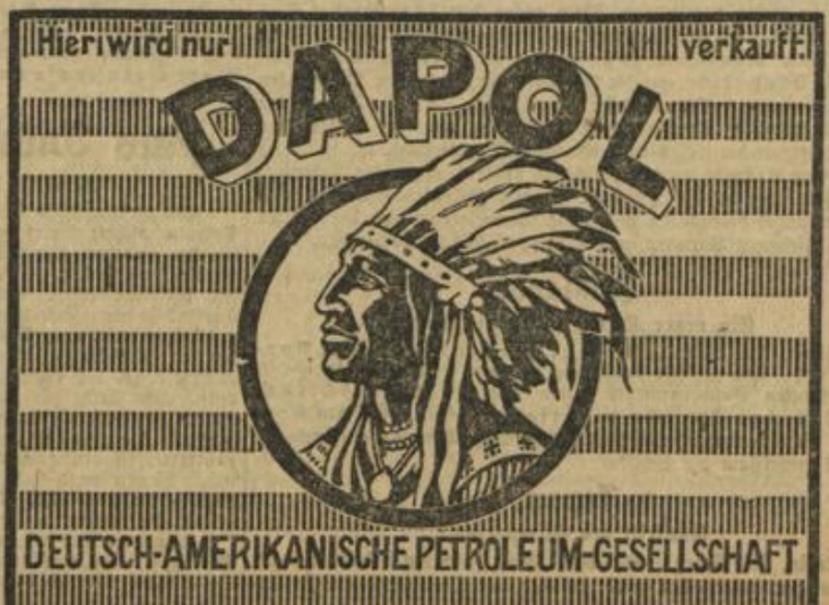
Urania-Salonoel

garantiert rein amerikanisches Sicherheits-petroleum (wasserhell), größtmögliche :: Sicherheit gegen Explosionsgefahr. ::

DAPOL

garantiert rein amerikanisches Leuchtpetroleum.

Die bewährten Marken der Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft



Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58 | 2. Geschäft: Grüner Weg 109
Bitte, genau auf meine Hausnummern zu achten!

Möbel auf Kredit

Stube und Küche <small>und zwar:</small> 3 Bettstellen 1 Kleiderschrank 1 Spiegel 1 Spiegelständer 1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchenstuhl 1 Küchenrahmen	15 M. Anzahlung an Wochenrate 1.50 M. an
Moderne Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer in jeder gewünschten Art von 40 Mark Anzahlung an	
2 Stuben u. Küche <small>und zwar:</small> 2 Bettstellen 2 Matratzen 1 Waschtische 1 Kleiderschrank 1 Wäschekorb 1 Trumeau 1 Sofa, 1 Tisch 4 Stühle und 1 farbige Küche	35 M. Anzahlung an Wochenrate 2-3 M. an

Einzelne Möbelstücke v. 5 M. Anzahlung an.

Liefere auch auswärts. Abzahlung ganz nach Wunsch.
Käufer einer Wohnungs-Einrichtung erhält einen eleganten Teppich gratis.
Inserat ausschneiden! Mithringen! Wert 5 M. Sonntags 12-2 geöffnet.

Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gaukonferenz der Steinarbeiter.

Am Sonntag wurde im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz für den Gau 1 des Zentralverbandes der Steinarbeiter abgehalten. Der Gau umfaßt die Provinzen Brandenburg (einschließlich Berlin), Posen, Preußen, Pommern und beide Mecklenburg.

Aus dem Geschäftsbericht des Gauleiters Obngemach geht hervor, daß der Gau im 1. Vierteljahr 1913 in 10 Jahrestellen 1379 Mitglieder zählte. Im Laufe des Jahres wurden 8 neue Jahrestellen gegründet, die Mitgliederzahl war Ende 1913 auf 1500 gestiegen. Im Jahre 1913 gingen zwei Jahrestellen ein. Die Mitgliederzahl, die im 1. Vierteljahr 1913 noch ein wenig gestiegen war, ging dann infolge der schlechten Konjunktur etwas zurück und belief sich Ende 1913 auf 1438, die sich auf 16 Jahrestellen verteilten. Die größte Mitgliederzahl — 1012 — kommt auf Berlin. — Die Lohnbewegungen in den beiden Jahren erstreckten sich auf lausphlose Erneuerungen der Tarife in verschiedenen Jahrestellen, wobei wesentliche Vorteile erreicht wurden. Auch in den neugegründeten Jahrestellen sind Tarife abgeschlossen worden.

In der Diskussion, die sich meist um örtliche Angelegenheiten drehte, wurde auch geklagt über Grenzfreistigkeiten mit dem Fabrikarbeiterverband hinsichtlich der Kalkstein- und Kunststeinarbeiter. Ein Abkommen mit diesem Verbands wurde als notwendig erklärt. Hierzu bemerkte Siebold als Vertreter des Zentralverbandes: Gemäß einem Beschluß des Verbandstages habe der Vorstand versucht, einen Kartellvertrag mit dem Fabrikarbeiterverband zu vereinbaren, der Versuch sei aber gescheitert. Der Fabrikarbeiterverband sage nicht mit Unrecht, der Steinarbeiterverband habe sich früher nicht um die Arbeiter gekümmert, die er jetzt dem Fabrikarbeiterverband, der sie gewonnen habe, nehmen wolle.

Nach Erledigung des Geschäftsberichts wurde über Agitation und Organisation verhandelt, und beschlossen, den Gau in sechs Agitationsbezirke einzuteilen, wodurch gewisse Erleichterungen bei den Agitationsarbeiten geschaffen werden. Ferner wurde beschlossen, beim Verbandstage zu beantragen, daß Gehalt und Bureaukosten für die Lokalbeamten aus der Hauptkasse bezahlt wird, die Lokalbeamten im Gehalt mit den besoldeten Gauleitern gleichgestellt werden und den unbeforderten Gauleitern eine Entschädigung von 100 M. jährlich gewährt wird.

Hierauf beschäftigte sich die Konferenz mit der vom Zentralvorstand veröffentlichten, vom Verbandstage zu beratenden Vorlage über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. und Leistung des vollen Beitrages durch die Erwerbslosen. Wegen den letzteren Vorschlag mandatierte sich, nachdem Siebold die Vorlage des Vorstandes empfohlen hatte, mehrere Diskussionsredner, besonders die Berliner Delegierten Winkler und Franke. Es wurde betont, die Forderung des vollen Jahresbeitrages werde die Vorlage zu Falle bringen. Wenn der Vorstand diese Forderung fallen lasse, dann werde sich über alle andere Einzelheiten der Vorlage reden lassen. — Eine Reihe von Anträgen, welche zur Erwerbslosenunterstützung vorlagen, wurden dem Verbandstagsdelegierten als Material übermiesen.

Weiter wurde noch beschlossen, den Gaubeitrag von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Die nächste Gaukonferenz findet in Bülow statt.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Zur Spette „Bildgalerie“, Brunnenstraße 173. Inhaber Köllmer, ist mitzuteilen, daß Herr Köllmer von anderen Instanzen abhängig zu sein scheint, welche ihn daran hindern, mit der Organisation tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Herr Köllmer hat sich seinen Gästen gegenüber ausgesprochen, daß er ja unterschreiben könnte, er bekomme dann höchstens einen Kuffel dafür. Anderen Besuchern des Lokals versuchte Herr Köllmer die Differenz mit der Organisation in unzureichender Weise darzustellen. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß Herr Köllmer, nachdem mehrere Male verhandelt worden, jede Vereinbarung mit dem Verbands abgelehnt hat. Der Betrieb ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung 1.

Eine blau-gelbe Niederlage.

Die Wahlen zum Ausschuß der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin, welche am Montag, den 16. März d. J. stattfanden, haben mit folgendem Ergebnis abgeschlossen: Im ganzen wurden 11.734 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste 1 (aufgestellt vom Deutschen Metallarbeiterverband und Deutschen Transportarbeiterverband) 550, auf Liste 2 (aufgestellt vom Verband der Gemeindevorarbeiter und dem Verband der Bureauangestellten) 10.013, auf Liste 3 (blau-gelbe Vereine) 1057, auf Liste 4

1 Stimme. Für ungültig erklärt wurden 113 Stimmen, darunter 73, welche auf die letztgenannte Liste abgegeben wurden und durch Umänderung äußerlich kenntlich gemacht worden waren. — Die Verteilung der Ausschußmitglieder wurde auf Grund der Stimmenzahlen vom Klassenvorstande wie folgt festgesetzt: 2 Delegierte für Liste 1, 44 Delegierte für Liste 2 und 4 Delegierte für Liste 3. Auf jede Liste entfielen die doppelte Anzahl Stellvertreter.

Achtung, Gummiarbeiter! Der Streik in der Norddeutschen Gummiabrik (Abteilung Hornerei) dauert fort. Der Betriebsleitung ist es bis heute trotz größter Anstrengungen nicht gelungen, brauchbaren Erfolg zu bekommen, und ist es deshalb nach wie vor notwendig, daß der Betrieb von qualifizierten Arbeitskräften streng gemieden wird.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Tapezierer! Filiale Berlin. Wegen Tarifforderungen ist die Werkstatt von Besäße, Komintener Straße 11, für Kollterer gesperrt.

Achtung, Schilderhalter! Die Differenz bei der Firma Bänso, Müllerstr. 3, ist noch nicht beigelegt. Arbeitsangeboten sind demnach zu unterlassen. Nach den letzten Ermittlungen soll die Firma Sonntag u. Co., Bankow, Hiddenseer, 12, Arbeiten für obige Firma fertigstellen. Vorhand ist also angebracht. Verband der Porzellanarbeiter, Jahrestelle Berlin.

Aus dem Fleischnegewerbe. Die Differenz bei der Firma Rademacher, Rentkolln, Fleischnerei Weserstr. 212, ist beigelegt. Die Spette ist aufgehoben.

Die Tarifkommission der organisierten Fleischergehilfen.

Deutsches Reich.

Der Verband der Schneider im Jahre 1913.

Der Rechnungsabluß des Vorstandes konstatiert in seinem Bericht einen Rückgang der Mitglieder von 50.004 auf 48.712, also einen Verlust von 1.292 Mitgliedern. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf das Konto der Fluktuation der weiblichen Mitglieder zu setzen, da besonders die Konfektions- und Wäscheindustrie, in der viel Arbeiterinnen beschäftigt werden, stark unter dem schlechten Geschäftsgang zu leiden hatte. Die Zahl der männlichen Mitglieder dagegen ist stabil geblieben, sie weist sogar noch eine kleine Zunahme von 88 Mitgliedern auf. Nach dem Durchschnitt der Mitgliederzahl berechnet, hat der Verband keinen Verlust zu verzeichnen, denn der Durchschnitt betrug 1912 49.333 Mitglieder, 1913 aber 49.978, demnach ein Mehr von 448 Mitgliedern.

Ein wesentlich günstigeres Bild weist der Klassenabluß auf. Der Hauptklassenbestand betrug am Schluß von 1913 1.118.479 M. Das bedeutet ein Mehr gegen das Jahr 1912 von 200.926 M. Auf die verhältnismäßig geringeren Ausgaben für Lokalkämpfe im Berichtsjahre ist dieser günstige Klassenbestand zurückzuführen. Demgegenüber steht eine starke Mehrausgabe für Kranken- und Reiseunterstützung, die mit auf das Konto der Arbeitslosigkeit gesetzt werden müssen. Der diesjährige Verbandstag, der im August in Nürnberg stattfindet, soll sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigen.

Das Tarifvertragswesen hat im Jahre 1913 eine starke Zunahme erfahren. Erneuert wurden trotz der Krise 97 Tarife für 2718 Betriebe mit 2461 Personen. Neu abgeschlossen wurden 48 Tarife für 407 Betriebe mit 2129 Beschäftigten. Der Gesamtbestand an Tarifverträgen betrug Ende 1913 433 Tarife für 10.159 Betriebe mit 88.481 Beschäftigten. Die Einführung eines Reichstarifs für die Wäscheindustrie ist beabsichtigt für 1914 in Aussicht genommen. Die zentralen Verhandlungen mit den Fabrikanten in der Herrenkonfektion, die im Jahre 1913 wegen Abbruches eines einheitlichen Vertragsunternehmens stattfanden, sind gescheitert an der Frage des einheitlichen Ablauftermins für sämtliche Tarifverträge in der Konfektion.

Streikbrecherinjerate in einem bademittischen Zentrumblatt.

Die „Eisener Volkszeitung“ geriert sich besonders gern als Streikbrecher der christlichen Gewerkschaften. Namentlich mit dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, der ja seinen Sitz in Essen hat, steht sie in engster Verbindung. Die Profitgier des Verlags, die sich in einer geradezu wahllosen Aufnahme von allen möglichen Inzeraten äußert, hat nun dem Blatte und seinen Gönnern aus christlichem Lager einen bösen Streich gespielt.

Die „Eisener Volkszeitung“ brachte am Freitag folgendes Inzerat:

„Vergleiche. 200 Gauer, Lehrbauer und Schlepper sofort gesucht. Guter Lohn. Meldungen: Essen, Lazarettstr. 24.“ In jetziger Zeit 200 Gauer usw. auf sofort gesucht, ohne Angabe der Zwecke, das fällt jedem mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet halbwegs Vertrauten sofort auf. Die „Eisener Volkszeitung“ sieht

das nicht an. Sie nimmt das Inzerat, wie so viele andere zweifelhaftester Art, unbedenken auf! — Nachdem ihr die ersärfredten Christenführer auf die Bude gerückt, sucht sie sich in der Sonnabendnummer auf eine gottderbärmliche Art aus der Klemme zu ziehen. Sie bringt folgendes Gestammel hervor:

„Auf der Grube Hostenbach im Saarrevier haben die Vergarleute die Kündigung eingereicht. Anscheinend bezieht sich ein in der „Eisener Volkszeitung“ veröffentlichtes Inzerat der Firma Eduard Langer, Lazarettstr. 24, wonach Vergararbeiter gesucht werden, auf diese Grube. Die weitere Aufnahme des Inzerats ist von uns siliert worden. Die Firma Eduard Langer ist eine Filiale der Streikbrecherfirma Meyer & Lindberg in Hamburg. Den gesuchten Vergararbeitern wird ein Mindestlohn von 5,50 M. zugesichert, während die im Streik befindliche Belegschaft mit ihren Hauertöhnen im Durchschnitt nicht an den angebotenen Mindestlohn herankommt. Wir warnen also ausdrücklich vor der Anwerbung.“

Daß Eduard Langer Streikbrechervermittler ist, weiß in Essen sicher jedes Kind. Nur in der „Eisener Volkszeitung“ braucht man das nicht zu wissen. Wie der „Eisener Arbeiterzeitung“ mitgeteilt wird, haben die zweifelhaftesten Gestalten sich auf das Inzerat bei Herrn Langer eingelassen. Die Verwaltung von Hostenbach wird ihre Freude daran haben, wenn sie diese Sorte „Gauer“ ins Loch bekommt.

Streik an der Kölner Rheinbrücke.

Am Montag vormittag sind die an den Uferpfeilern der neuen Rheinbrücke beschäftigten Arbeiter ausständig geworden. Die Arbeiter hatten Forderungen auf Erhöhung der Stundenlöhne gestellt und legten, als diese nicht bewilligt wurden, die Arbeit nieder. Die Forderungen wurden damit begründet, daß die Arbeiter bei hohem Wasserstand öfter gezwungen sind, die Arbeit einzustellen, wodurch der Lohn erheblich geschmälert wird.

Zum Streik auf der Grube Hostenbach.

Der Vorstand des Vergararbeiterverbandes erläßt folgenden Aufruf:

Achtung! Vergararbeiter! Achtung! Auf der Grube Hostenbach im Saarrevier stehen die Arbeiter im Streik. Der Streik wird vom christlichen Gewerbeverein der Vergararbeiter geführt. Obwohl dieser und nicht verständigt hat, so werden wir unsere Mitglieder doch entsprechend den Bestimmungen unseres Streikreglements unterstützen. Da Agenten bereits an der Arbeit sind, um Streikbrecher anzuwerben, so rufen wir allen Vergararbeitern zu: Haltet den Zugang nach Grube Hostenbach streng fern. Keiner darf an den im Kampfe stehenden Arbeitsbrüdern zum Verräter werden. Hoch die Solidarität aller Arbeiter! Mit Glückauf!

Der Vorstand des Verbandes der Vergararbeiter Deutschlands.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

In Nr. 13 des „Vorwärts“ vom 14. Januar d. J. berichteten wir über die Zurückweisung eines Arbeitervertreters durch die Kammer VII des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistrate-assessors Dr. Berthold. Die Gründe, die wir damals gegen diesen Entscheid anführten, sind durch nichts entkräftet. Dennoch lehnte gestern der andere Teil der Kammer VII, dessen Vorsitz Magistratsrat Dr. Gerth inne hat, gleichfalls einen anderen Vertreter eines Schiffers ab. Dieser ist derselbe Vertreter stets zugelassen worden. Lediglich weil er mehrfach eine Vertretung übernommen hat — durchschnittlich etwa drei im Jahr — ist er jetzt als gewerbenähiger Vertreter angesehen worden. Das heißt denn doch den Begriff der gewerbenähigen Vertretung recht stark verengen. Während man an anderen Gewerbegerichten gerade den umgekehrten Weg gegangen und von der früheren Ablehnung zur Zulassung gekommen ist, wird die Rechtsprechung des Berliner Gewerbegerichts immer rückwärtlicher. Sehr zum Nachteil der Binnenschiffer. Daraus aber kam es einzig und allein dem Vertreter der beklagten Firma, des „Berliner Lloyd“ an, denn er wußte nichts weiter gegen den klägerischen Vertreter einzunehmen, als daß er — sich mit Energie der Sachen annehme. Gegen den Entscheid wird wohl der Beschwerdeweg beschritten werden.

„Lanbarbeiterfürsorge“.

Das Wolffsche Telegaphenbureau meldet: Danzig, 23. März. Eine bemerkenswerte Maßnahme zur Hebung der sozialen Lage der Lanbarbeiter hat die Kaiser-

Kleines Feuilleton.

Parabel. Der Schriftsteller Lucien Descabes gab in Verbindung mit dem Zeichner Steinlen unter dem Titel „Parabas“ ein merkwürdiges und originelles Buch heraus. In dem Buche ist in Wort und Zeichnung der Typ von Menschen gezeichnet, den wir Deutsche „Stromer“ nennen, womit die Küster ihre Kinder erschrecken und der auch der Schrecken und Acker aller guten Spielbürger ist, die gut angezogen sind und noch ihr Essen haben. Die einzelnen Kapitel des Buches sind unterbrochen durch sogenannte „Worte aus unserem Jammertal“, in denen der „Stromer“ seinen Jörn und seine Nahrung zum Ausdruck bringt. Hier einige dieser Aussprüche:

„Es gibt eine Hölle. Glaubst mir, denn ich sage das nicht aus Aberglaube, sondern aus Erfahrung.“

„Wunder! Ich vollbringe jeden Tag eines — ich lebe.“

„Hilf dir selbst, denn der Himmel hilft dir nicht.“

Der heilige Matthäus erzählt: „In dieser Zeit, es war an einem Sabbat, ging Jesus durch ein Getreidefeld; seine Jünger, welche Hunger hatten, rissen Ähren ab und aßen die Körner.“ Wieviel Monaten Gefängnis würde ich mich heute aufsehen, wenn ich dieselbe Handlung beginge?

„Man soll der öffentlichen Wohltätigkeit nichts nachreden. Sie kommt den Bedürfnissen eines zahlreichen Angestelltenpersonals entgegen.“

„Ich schlage vor, daß der nächste Krieg mit den Worten erklärt werde: „Söhne des Nitobols zu den Waffen! Der Tag des Delirium tremens ist gekommen.“

Welch trauriges Schauspiel, dieses Exerzieren der Soldaten! Wie viele Bemühungen für die Anstalt — — wo eine einzige genügen würde für die Befreiung!

„Ich werde an Philanthropie glauben, wenn der Reiche seine neuen Strümpfe den Armen geben wird, anstatt daß er gerührt, ihn die alten auftragen zu lassen.“

Ein Richter fragte mich: „Haben Sie mit ein einziges Mal eine Händarbeit verrichtet?“

„Ich antwortete: „Sie?“

Wenn Prinzen reisen. Die ersten Berichte über die Südamerikaner des Prinzen Heinrich sind bereits glücklich eingetroffen. Und sie sind so wenig trocken, daß es die Bürger nach den weiteren dürsten muß. Der „Deutsche Kurier“, der einen Vollblutrenner aus dem Stalle Ohjanz reitet, hat ein großes Rennen gemacht. Der Favorit Schertl ist mit mehreren Nasenlängen geschlagen worden.

Ein Blatt, das in die Welt hineinpassen soll, muß über anscheinungsame Fiebern verfügen. Sie müssen Augen und Ohren für alles haben und groß sein in der Forderung pilanter Details. Nun, der, der da für den „Deutschen Kurier“ mit dem Prinzen Heinrich nach Südamerika traut, ist kein Stämper. Er hat schon den letzten Winkel des Dampfers ausgeschüffelt, der mit dem Prinzen Heinrich an Bord die erste Ausreise angetreten hat. Das Prinzenpaar legt Wert darauf, daß durch seine Anwesenheit der normale Gang des Vordlebens in keiner Weise gestört werde, aber daran lehnen sich die glücklichen Passagiere nicht. Sie warten bei den Mahlzeiten mit dem Betreten des Speisesaals, bis das Prinzenpaar erschienen ist. Und so bildet sich dann regelmäßig mittags und abends ein amüsanter Spalier hungriger Gensler. Aber Prinz Heinrich hat auch selbst guten Appetit und findet sich zum Lunch wie zum Dinner mit erfreulicher Pünktlichkeit ein.

Daß ihn bloß nicht eines Tages der gute Appetit verläßt! Das könnte in den ohnehin schon nicht normalen Gang des Vordlebens die allerschlimmste Wendung bringen. Die „keine Courtoisie“, die man dem Prinzen erweist, könnte als eine große Katastrophe enden. Die Passagiere würden den Speisesaal nicht betreten. Ihr Hunger würde ins Unerträgliche wachsen. Wie die Fliegen würden sie hinfinken und eines elenden Todes sterben.

Gott erhalte dem Prinzen den guten Appetit. Wir sind keine Unmenschen.

Das Wahlrecht der „toten Seelen“. Wie der unsterbliche Held des Gogol'schen Meisterromans die verstorbenen Leibeigenen als „tote Seelen“ aufkaufte und dadurch ein reicher Mann wird, so spielen diese „toten Seelen“ auch bei den französischen Wahlen, die jetzt wieder bevorstehen, eine gewisse Rolle. Es kommt nämlich öfters vor, daß man auch Verstorbene, die noch in den Wähllisten stehen, ihre Stimme abgeben läßt, um so die Stimmenzahl zu erhöhen. Eine lustige Geschichte von diesem Wahlrecht der „toten Seelen“ erzählt ein französisches Blatt. Der Kandidat war das vorigemal von seinem Gegner um einige Stimmen geschlagen worden, und zwar waren diese entscheidenden Stimmen gerade die gewesen, die der Bürgermeister der Stadt dem Gegner aus der Zahl der Toten zur Verfügung gestellt hatte. Dieses Jahr stellt er sich nun bei dem Bürgermeister wieder ein, um sich von neuem als Kandidat einzuführen, und bemerkt folgendes: „Rein lieber Bürgermeister, die Sachlage ist folgende: Ich habe, wie Sie wissen, die größten Aussichten, gewählt zu werden, denn ich habe in den letzten Jahren gewiß keine einzige Stimme verloren. Aber Sie wissen ja am besten, daß ich das vorigemal wegen der Stimmen der Toten durchgefallen bin. Ich möchte Sie also bitten, mir doch zu gestatten, daß ich eine kleine Wahlrede auf dem Kirchhof

halte, denn ich möchte doch wenigstens, daß mich meine Gegner hören, bevor sie gegen mich stimmen. . . .“ Was der Bürgermeister darauf geantwortet hat, erzählt die Geschichte nicht.

Humor und Satire.

Berlin in Ägypten.

Eine Völkerverwanderung Berliner SINGER sel in Ägypten ein.

An dem Fuß der Pyramide Stehen die Schulzen, Lehmanns, Schinde, Koten in der Faust geballt. Blühlich winkt der Stod des Laktis — Hell ertönt's und alle packt es: „Wer hat dich, du schöner Wald — — ?“

Mit vergifteter Gelbdenmiene Hüpfst der Wüstenbeduine In der Löne sühes Reich. Durch die unterbrochne Stille Pauschen schlängelnd Strolchbils Und dem Nilpferd wird es weich.

Braucht's noch Waffen? Braucht's noch Schiffe? Braucht's noch Diplomatenriffe Und das viele, viele Geld? Schenkt euch das polische Schwafeln! Deutschland singt durch Liedertafeln Und erobert so die Welt! (Notatidok im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— China in Berlin. Nach langem Suchen nach einem neuen Drama ist dem Deutschen Theater endlich gelungen, eines zu finden. Das Stück heißt „Die gelbe Jade“ und dessen Autor soll — ein alter Chinese sein. — Das königliche Theater beugnet sich mit einem chinesischen Schauspiel „Wo Su“ zweier Engländer, das in London Erfolg hatte und nun als Ersatz für die sonst vorgelebten Kobiläten dienen soll.

— Die Deutsche Friedensgesellschaft (Ditgruppe Berlin) veranstaltet am Dienstag, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, im Charlottenburger Rathaus eine öffentliche Versammlung zu Ehren des Professors an der Pariser Universität Charles Riegt. Dieser mit dem Nobelpreis gekrönte französische Gelehrte wird in deutscher Sprache einen Vortrag halten über: „Die Möglichkeit einer freundschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland.“



Für mich gib's
weiter keine Wahl,
Blendol
putzt ganz phänomenal.

Beste flüssiger Metallputz überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen,
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

F. J. Burrus St. Kreuz

Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.

Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Lieferung elegant

**Herren-
Moden**

fertig und nach Maß!

**Julius
Fabian**

Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, u
Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur
2. Etage.

Versieger dieser Annoncen
erhält 5 Prozent
Rabatt!

12 000 Arbeiter und Beamte

beschäftigen wir heute. Im Jahre 1913 beschäftigten
wir 10 000, im Jahre 1893 800 Personen. Diese ge-
waltige Vermehrung beweist am besten, daß sich der

Continental Pneumatik

durch seine Qualität die Gunst des Publikums
erworben hat.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.



„Jüngste Goldsucher 'Königinn'!“ *„Die erste Frau, weil es
Königinn war“*

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 24. März 1914.
Anfang 5 Uhr.
Vossge-Theater. Kino-Parade.
Anfang 5 Uhr.
Eines Paars am See. Varieté-
Sitzspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Rollendort-Theater. Varieté-
Sitzspiele.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Parfüm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Die Venus
mit dem Papagei.
Kgl. Opernhaus. Der Rosen-
kavalier.
Deutsches. Das Jahr zwölf.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Wann wir altern. (Neuaufl.)
Liebe, Rache, Lottchen's Geburtstag.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Schiller-Theater
Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Meyers.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Theater in der Königsplatz-Str.
8 Uhr:
Die Kronbrant.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonntagsm. 9 1/2: Der liebe Augustin.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je
gelebt! 160 mm größer als
Machnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 97. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. S. Kompagnie
mit
Hartstein.
Rauchen ohne Pause!
Rauchen gestattet!
WINTERGARTEN
Olga Desmond
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —
Theater am Rollendortplatz 5.
8 Uhr: **Russisches Ballett.**
Der blaue Gott, Geist der Rose,
Kleopatra.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, den 24. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung
mit dem
Riesen-Weltstadtprogramm
bestehend aus
10 erstklassigen Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Das große Ausstattungsspiel
in 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Besonders hervorzuheben:
1. Der Zusammenstoß
zweiter Eisenbahnzüge.
2. Die Flucht der Renn-
besucher bei strömendem
Regen.
Voigt-Theater
Gadirastr. 58.
Morgen Mittwoch, den 25. März:
Benefiz für Egon Weidlich:
Zum Raub des Lebens.
Komödie in 3 Akten v. Edgar Büchel.
Reiseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranz.: Front. 6. April: Benefiz für
Lina u. Karl Mueller: Mutter Thilo.

Auflös. d. Zirkus Busch a. 31. März.
Zirkus Busch.
Heute Dienstag, den 24. März,
abends 7 1/2 Uhr.
Stürmische Heiterkeit
erregen allabendlich die **Kovalls**,
großste Rednerin, (sow. d. Clowns
Gebr. Fratellini und Zwergclown
François mit seinem Bony Ignatz).
Ferner die humorist. Ballett Troupe
mit ihr. Sub-Evolutions. Hierzu
Mad. Garaiers Sturz aus d. Birkus-
appel mit dem Fahrrad.
Zum Schluss die Prunkantontine
„Pompeji“.
Metropol-Theater.
Abends präzis 7 1/2 u. 8:55:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Urania. Hochspannung.
Vossge. Hygionion.
Deutsches Künstler-Theater.
Der Raub der Sabinerinnen.
Kammermusik. Der Ench.
Königsplatz-Str. Die Kron-
brant.
Reineck. Jettchen Gebert.
**Theater an der Weidendammer
Brücke.** Der müde Theodor.
Trionon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater am Rollendortplatz.
Mittelspiel.
Schiller O. Die Maschinenbauer.
Schiller Charlottenburg. Meyer.
Theater des Westens. Polenblut.
Mensio Cyrenien. Jung-England.
Deutsches. Wie einst im Mai.
Dattis. Die Langosprünge.
Reichens. Der Regimentspapa.
Friedrich. Wilhelmstädter.
Fräulein Trullala.
Metropol. Die Königin der Detektei.
Kassio. Die olle Webern.
Gerrards. Die von oben und unten.
Wetshallen. Stettiner Säng.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3 Kom-
pagnie.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Rollendort 1383.
Abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Mittwoch 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Residenz-Theater
8 Uhr:
Der Regimentspapa.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: **Der müde Theodor.**
Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trullala.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: **Unser Junge.**
Volksstück mit Gesang und Tanz
in 5 Akten von Hans Hirtel.
Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: **Taugelcher.**
Gr. Rolle mit Ges. u. Tanz in 3 Akten
von G. Urban. Musik v. Hugo Hirsch.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester
Dirigent: **Franz v. Blon.**
Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Granad.-Regts.
Dirig. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Folies Caprice.
8 1/4 { **Café Pinguin**
Der Heiratsrat
Meyersteins
Casino-Theater
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Mittwoch, den 8. April:
Die olle Webern.
Vorher ein erstklassiger bunter Teil
Sonntag, 12. April. Ostern, 1. Male:
Wo die Liebe hinfällt.
Sonntag 4 Uhr: **Mutterliebe.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
Unsere süßen
Dienstmäd.
Büchlein v. Regel
Anfang 8 Uhr.
Nächsten
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
Stutes Pfingstfahrt.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntag 8 Uhr: **Die Liebe wacht.**

Anfang 8 1/2 Uhr.
Puffen. Unser Junge.
Walhalla. Langosprünge.
Folies Caprice. Café Pinguin.
Der Heiratsrat. Meyersteins.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Reineck. Jettchen Gebert.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Eispalast. Im Ring
zum grünen Kranz.
Eines Rollendort-Theater. Varieté-
Sitzspiele.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Die Königin der Detektei.
Roman Detektivroman in
3 Akten v. L. Albert.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Die Königin der Detektei.

Brauerei Friedrichshain
Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr:
des auf 60 Musiker
verstärkten
Konzert
Berliner Tonkünstler-Orchesters
Dir. Kapellmeister Alfred Hirsch.
U. a.: Peer-Gynt-Suite von Grieg, sowie
Richard Wagner-Teil, Festdirig. Karl Giesel
aus Bayreuth. — Szenen aus Parsifal, Tannhäuser.
Als Gast Frau Direktor (Komische Oper Berlin)
Aurèle Revy-Chapmann.

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
Unsere süßen
Dienstmäd.
Büchlein v. Regel
Anfang 8 Uhr.
Nächsten
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
Stutes Pfingstfahrt.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntag 8 Uhr: **Die Liebe wacht.**

Zirkus Barum-Schau.
Heute:
2 brillante 2
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr.
In der Nachmittags-Vor-
stellung ein **ungekürztes**
Abend-Programm zu
klein. Preis für Kinder u.
Erwachsene.
Mittwoch, den 25. März:
Kurzes Gastspiel
in
Neukölln
Weberstraße
gegenüber der Jansstraße.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Am nächsten Freitag, den 27. März 1914, abends 6 1/2 Uhr,
bei Obiglio, früher Keller, Koppenstraße 29:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu dem von den Unternehmern erneut Gebotenen bezüglich eines neuen Tarifvertrages.
2. Verschiedenes.

Zu Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
192/3 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 8 1/2 Uhr, in den
„Harmonie-Festsälen“, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstraße:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

„Der Berliner Baumarkt“.

Referent: Schriftsteller Genosse Julius Kaliski.

Bohlsches Erscheinen der Mitglieder erwartet

294/5

Der Vorstand.

Anarchisten! Sozialisten! Öffentliche Versammlung

Dienstag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr

bei Ewald, Schulstr. 29 (Wedding).

Tagesordnung:

1. Militarismus und Arbeiterklasse. Referent: Genosse Berthold Cahn. 2. Freie Wirtschaft.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer:

Union anarchist. Vereine Berlins und Umgegend.

14056

J. K.: Ernst Doeker, Berlin-Pankow, Bodanstr. 126.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Umi Korben 1987, 1239, 9714, 185.

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 6 Uhr:

Versammlung

sämtlicher in der Bierdruckapparatenbranche beschäftigten
Klempner und Monteure
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 6 Uhr:

Versammlung

sämtlicher in der chirurgischen Branche
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Georg Schmidt über „Syndikalismus“.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 6 Uhr:

Versammlung der Metallschleifer und Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59 (gr. Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen R. Voldt: „Der amerikanische Gehloht in Deutschland“.
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung Goldarbeiter und verw. Berufsgenossen

im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir uns zum Ablauf unseres Tarifs?
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Grünau, Bohnsdorf, Falkenberg

im Restaurant Schäfer (Nah. Schönberg) in Falkenberg.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Große Geschäft fällt dem Arbeiter

Ludwig Niemann

geb. 15. Juli 1875 in Holzhausen II bei Minden. In Ausübung seiner Tätigkeit als Kaufmann in Berlin. Am 15. März 1914 im Alter von 38 Jahren an Herz-Kreislauferkrankung verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes, Friedrichstraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
14136 Der Vorstand.

Drei Tropfen Kaol

geben schmutzigstem Metall Dauerglanz
Unentbehrlich für Autos

Überall zu haben in Flaschen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am Samstag, den 20. März, verstarb unser altes, freies Mitglied, der Vater
Albert Schulz
Georgenstraße 6, Bezirk 414.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes, Friedrichstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
220/5 Der Vorstand.

Am Samstag verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser treuer, guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Albert Schulz
im 49. Lebensjahre. 28072
Dies gelte hierbeizubringen an
Anna Schulz geb. Flach.
Otto Schulz und Frau.
Martha Schulz und Karl Vog.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße, statt.
14088 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Otto Leu
am 20. d. M. im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Neutölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreiarbeiter
Gustav Voigt
am 21. d. M. im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen Friedhofes in Weihensee aus statt.
63/8 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und guten Bruders sagen wir allen Beteiligten unseren besten Dank.
Gamille August Brinkmann.
Allen denen, die meinem lieben Mann und Vater
14065
Gustav Lubatsch
die letzte Ehre erwiesen haben, sei hiermit im Namen der Hinterbliebenen herzlich gedankt.
Marie Lubatsch und Kinder
Neuenhagen a. O. Hb.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.
Bohnsdorf und Grünau.
Montag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „In den vier Jahreszeiten“, Bohnsdorfer Chaussee, bei Wirt:
Lichtbilder-Vortrag
des Genossen **Miras** über: „Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland und England“.
Nach dem Vortrag: **Freie Diskussion.**
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bei der Verkaufsstelle bittet
104/6 Der Genossenschaftsrat.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
An alle Mitglieder!
Nach dem Beschluß des letzten außerordentlichen Verbandstages wird vom 1. April d. J. an, an alle Mitglieder,
die länger als zwei Jahre organisiert sind und mehr als 80 Wochenbeiträge geleistet haben,
bei eintretender Arbeitslosigkeit Unterstützung gezahlt. Der von diesen Mitgliedern nach dem 1. April 1913 für 72 Tage Krankenunterstützung erhalten hat, ist jedoch ausgeschlossen.
Die Karenzzeit zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung für kurzzeit arbeitslose Mitglieder ist die Zeit vom 25. bis 31. März.
Wir ersuchen darum die unterstützungsberechtigten Mitglieder, die am 25. März arbeitslos sind oder nach dem 25. März arbeitslos werden,
sich eine blaue Kontrollkarte
im Bureau des Zweigvereins, Engelauer 15 III, Zimmer 53, ausstellen zu lassen.
Das Mitgliedsbuch, in dem die laufenden Beiträge quittiert sein müssen, und die gelbe Kontrollkarte muß jeder Kollege mitbringen.
Die durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung bedingte Mehrarbeit im Bureau macht auch eine andere Bureauzeit-einteilung notwendig.
Wir weisen darauf zur Beachtung für alle Mitglieder darauf hin, daß das Bureau von jetzt an
vormittags von 9 bis 1 Uhr und
nachmittags von 5 bis 7 Uhr
geöffnet ist. 141/17
Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.
Zweigverein Berlin.

Ohne Anzahlung

Setzen an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. Laufen. Anzahlung komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Poisterwaren, farb. Küchen, Partieren, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Steppdecken, Tapeten, Matten, Kronen, Kinderwagen usw. Tapete, in modernster Ausführung. — Ferner: Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons

Sonntags 12-2 geöffnet.
Sonntags 12-2 geöffnet.

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Behnhäuser Str.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.
Wera Figner
Russische Gefängnisse
Brochiert 75 Pf.
Eine packende Schilderung der Greuel in den russischen Gefängnissen und ein Appell an das Gewissen Europas.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.
Bezirk Weißensee.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau
Marie Schneider
Albertinenstr. 1, nach schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Albertinenstr. 1, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
18/3 Der Vorstand.

Nach langem Leiden verschied meine liebe Frau und herzlichste Mutter
Maria Schneider
geb. Trankler
im 57. Lebensjahre.
Dieses zeigen Schmerz erfüllt an
Wilhelm Schneider
nebst Tochter **Liedwig.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Albertinenstr. 1, aus nach dem Friedhof Jalkenberger Straße statt.
14088

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 20. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Maurer
Wilhelm Wagner
(Bezirk Nordost).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 24. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Marius-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.
141/19 Der Vorstand.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umg.
Den Mitgliedern die Kranznachricht, daß am Samstag, den 21. März, unser Kollege
Karl Lustig
nach langem, schwerem Leiden (am) entschlafen ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Hellands-Gemeinde, Blögensee, Eingang Seestraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
284/2 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Eduard Godau
Neutölln, Wildenbruchstr. 14, im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Neutöllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
55/4 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Hugo Philippsohn
sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Wiltraud Gertrud Philippsohn.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Laura Finster
sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie den Mitgliedern des Bahls ereins meinen herzlichsten Dank.
125K
Wilhelm Finster.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Glumen- und Franzbinderei von Robert Meyer.
Inh.: P. Golletz
Mariannestr. 3. Tel. Mpl. 348

Stempelfabrik
Robert Hecht,
Inh.: Alfr. Schneller
Berlin S. 42, Ritterstr. 116.
Liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.

1M.
wöchentl. Teilzahlung
liefern elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass
Garantie für tadellof. Sitz
und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg & Co.
Mass-Schneiderei
Gegründet 1898
Rosenthaler Strasse 36
I. Etage
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Parteiangelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen teilen wir mit, daß die Fortsetzungen der Vorträge des Genossen Dr. Dunder über die Geschichte des Sozialismus...

Fünfter Kreis. 1. Abteilung. Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Luna-Sälen“, Neue Königl. 7: Abteilungs-Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen Ritter über: „Die Gewerbeordnung“.

Charlottenburg. Morgen Mittwoch, den 25. März, im Restaurant Thelen, Kaiser-Friedrich-Str. 46b, Ecke Pestalozzistraße: Versammlung der vierten Gruppe. Tagesordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Paul Hirsch über „Sozialdemokratische Kommunalpolitik“.

Treptow-Baumhulsenweg. Der letzte Vortragsabend des Bildungsausschusses findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Gesellschaftshaus“ in Baumhulsenweg statt.

Freibrichsfelde. Sämtliche Genossen, die sich für heute, Dienstag, zur Wahlhilfe in Karlsdorf bereit erklärt haben, wollen sich so zeitig als möglich bei Sabrowsky, Treptow-Allee 66a, einfinden.

Biesdorf. Heute Dienstag, abends 1/2 9 Uhr: Extra-Zahlabend im Lokal von Dampel, Karzchner Str. 31. Tagesordnung: Die Gemeindevertreterwahlen.

Berliner Nachrichten.

Im Wald und auf der Heide, Da hab' ich meine Freude.

Sie kann einem aber auch mitunter recht bereitet werden, diese harmlose Freude an der Natur, wenn Unvernunft sich gar zu breit macht. Zwischen Niederhönneweide, Johannisthal und Baumhulsenweg liegt die sogenannte Königsheide...

Wunderbar bleiben wir stehen und überlegen, was wohl den höchsten Fortschritt dazu bestimmt haben mag, diesen Teil „deutschen Waldes“ einem Publikum anzuliefern. Sollte es vielleicht die Sorge gewesen sein, daß der Ozongehalt der Waldluft allein nicht hinreichte, um im Menschen Seligheitsgefühl hervorzurufen...

Am vergangenen Sonnabend, kurz nach Mittag, bekam übrigens ein solcher Offiziersreiter das Unvernünftige dieses Treibens am eigenen Leibe zu spüren. Zwei Offiziere mit ihren Damen kamen in wildester Karriere auf dem Waldweg dahergehast.

Proletarische Jugendweih.

Am Sonntag, den 22. März, veranstaltete der Jugendauschuss Berlins zum ersten Mal eine sogenannte Jugendweih für die Kinder jener Parteigenossen, welche von der kirchlichen Einsegnung Abstand nehmen.

Jugendheimen Brunnenstr. 70 und Große Frankfurter Str. 123, früh 10 Uhr. Die Heime waren geschmackvoll ausgeschmückt und machten in ihrer erhabenen Einfachheit einen der Feier entsprechenden würdevollen Eindruck.

Der ganze Verlauf der Veranstaltung zeigte, daß der Jugendausschuss einen guten Griff damit getan hat. Offenbar, daß auf dem beschrittenen Wege der geistigen Freiheit und Pflege des Gemütslebens sich auch weiter die besten Früchte für die Ideale des Proletariats ergeben!

Umzugstermine.

Für den Umzug kommen folgende Bestimmungen in Betracht. Es sind zu räumen: 1. Kleine, aus höchstens zwei Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen am 1. April 1914.

Die Inhaber von Wohnungen, die aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, müssen jedoch ein Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern mit Zubehör zwei Wohnzimmer schon am 1. April 1914 vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen.

Der Verbandsauschuss von Groß-Berlin genehmigte gestern die Bauordnung für den Teil der Köllnischen Heide, die zu Neukölln gehört. Zustimmung begutachtet und endgültig erledigt wurden gleichzeitig die Bauordnungen für das Südgelände in Schöneberg und für einen Teil von Steglitz.

Ein Berliner Geistlicher in Konkurs.

Der am 16. Februar 1912 verstorbene Pfarrer Dieffellkamp, teils an der Razzorische tätig, war bekannt als Spekulant. Mehrfach griff die Kaiserin ein und „sanierte“ ihn. Trotzdem ergab sich nach dem Tode die Unabwendbarkeit des Konkurses.

Der Schornsteinfeger als „Einbrecher“.

Eine tragikomische Geschichte hat sich im Berliner Norden, in der Rhinower Straße 4, zugetragen. Dort reinigte, wie gewöhnlich alle vier Wochen, der Schornsteinfeger vom Dache aus die Kamine.

Das Ansehen des Lehrers.

Darf ein Schüler mit seinem Lehrer spazieren? In der 245. Knaben-Gemeindeschule (Rankestr.) ist einem Schüler der Klasse VI O der Verlust, sich einem Scherz mit einem Lehrer zu erlauben, sehr übel bekommen.

Er und drei andere Jungen seiner Klasse mußten nachbleiben und sollten nach ihrer letzten Unterrichtsstunde sich in Klasse VI M begeben, um dort unter Aufsicht des Lehrers Bonin zu sein, der noch weiter unterrichtete.

kam zu einer Verständigung zwischen Lehrer und Vater — wenigstens hatte der Vater durchaus diesen Eindruck — und in vollstem Frieden schieden beide voneinander. Nachträglich scheint aber Herr Bonin gemeint zu haben, daß doch sein Ansehen nur durch Abstrafung des Freblers repariert werden könne.

Rein, noch nicht! Lehrer Bonin fühlte hinterher das Bedürfnis, sich auch mit dem Vater nochmals auseinanderzusetzen. Nach Schluß des Unterrichts schickte er ihm durch Boten einen Brief ins Haus, der so lautete: „Herrn Da... Ihr Sohn hat sich demagen frech und unverschämten benommen, daß es sehr gut wäre, wenn Sie zu einer Rücksprache heute noch kommen könnten.“

„Vor dem rechten Ohr, am Arm und besonders hinter dem Ohr und an der rechten Halsseite sind eine Anzahl frisch roter, meistens freisunder Stellen, die auf Druck die Farbe nicht verlieren. Tuer aber das rechte Schultergelenk und über die Streckseite des rechten Oberarms dicht unter dem Gelenk verläuft je eine etwa 8 Zentimeter lange, schwach rot gefärbte Hautstrieme.“

Dieses Attest gibt ein anschauliches Bild davon, wie der Lehrer zugehauen haben muß. Die Einleitung erwähnt die dem Arzt gemachten Angaben, daß der Junge „vom Lehrer am Hals gepackt und geschüttelt, in die Arme gelassen und mit einem Rohrstod über Rücken und Beine geschlagen worden“ sei.

Was geschieht dem Lehrer, wenn der Vater die Staatsanwaltschaft um Strafverfolgung eruchte? Wir haben wenig Hoffnung, daß sie eine Ueberprüfung des Pädagogerrechts sät. Auch von der Schuldeputation erwarten wir nicht, daß ihr das Verhalten des Lehrers als unzulässig gilt.

Mutter und Tochter in den Tod.

Die in Alt-Moabit 84b wohnhafte 60 Jahre alte Witwe Sophie Wulf und ihre 30 Jahre alte Tochter wurden gestern mittag erhängt aufgefunden. Die Leichen wiesen bereits Verwesungsmerkmale auf, so daß anzunehmen ist, daß die beiden Frauen schon vor einigen Tagen in den Tod gegangen sind.

In der Zentrale.

Es waren viele Tausende, die am Sonntagvormittag nach Lichtenberg hinauspilgerten, um die Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft zu besichtigen. Und wohl noch keiner der offiziellen Besichtigungstage hat eine solche Besucherzahl aufzuweisen gehabt.

Das größte Interesse wurde allseitig der Bäckerei entgegengebracht für deren respektable Größe und Leistungsfähigkeit der täglichen Wehlverbrauch von 400-500 Zentnern, sowie die 30 Doppelauszugöfen, die täglich ununterbrochen 24 Stunden im Betrieb sind.

und die von der Größe und der modernen Einrichtung noch begünstigt wird, unterscheidet sich abgrundtief von den bekannten Berliner Kellerbäckereien, die trotz aller polizeilichen Verfügungen ein Hohe auf unsere Hygiene sind. Und so mancher Bäcker-Schmuggler, der da glaubt, schon jetzt zu viel an polizeilichen Vorschriften über die Hygiene der Backwaren zu haben, könnte hier lernen, was überhaupt dazu gehört, um hygienisch einwandfreie Backwaren herstellen zu können. Die modernsten Maschinen und Hilfsmittel sorgen dafür, daß der Teig so wenig wie möglich mit Menschenhänden in Berührung kommt. Ferner ist jeder Bäcker nach der Arbeitsordnung verpflichtet, vor Eintritt seiner Schicht ein Bad zu nehmen. Diese Selbstverständlichkeit für die Zubereitung von Nahrungsmitteln ist erwidernswert, weil daran im großen und ganzen in anderen Bäckereien noch gar nicht zu denken ist, obwohl hier meist noch ohne Teigbearbeitungsmaschine gearbeitet wird. Von der eigentlichen Bäckerei aus führt uns der Weg nach den Mehl- und Aufschüttböden im 1. und 2. Stock. Die ungeheuren Mehlvorräte, die hier untergebracht sind, reichen bei dem riesigen Bedarf nur wenige Tage.

Von weitem besonderer Interesse ist die Kaffeeösterei und Verleiherei. Neben zwei großen Röstmaschinen stehen 12 Verleiherische, wo etwaige Fremdkörper aus dem Kaffee beseitigt werden. Hier automatische Wiegegeschalen, wo eine einzige in der Minute 8-10maliges Abwiegen ermöglicht, dienen zur schnelleren und sichereren Erlebigung des Abwiegens.

Auch die Mineralwasserfabrik verdient näher in Augenschein genommen zu werden. Von hier aus gelangen wir dann in die Butterei und in die Lagerräume, wo rechts und links in langen Reihen die Waren aufgestapelt sind. Den Abschluß unseres Rundganges bildet die Beschäftigung der Kontorräume, die dem Lin-eingeordneten im Verhältnis zu der Anlage groß erscheinen mögen. Diese Meinung berichtigt sich aber sofort, wenn man bedenkt, daß von hier aus 126 Verkaufsstellen verwaltet werden, die in ständiger Verbindung mit der Zentrale stehen.

Mit der Ueberzeugung, daß sich hier die Berliner Arbeiterklasse etwas geschaffen hat, was sie wie ein offenes Buch auch den Gegnern der Konsumvereinsbewegung zeigen kann, verlassen wir die Anlagen mit dem Wunsche, daß recht viele erkennen möchten, welchen hohen Wert die Konsumistenorganisation für den wirtschaftlich Schwachen hat.

Selbstmord eines Professors. In einer Toilette des Potsdamer Bahnhofs erschoss sich gestern Abend der 47 Jahre alte Professor a. D. Hermann Kremke aus der Luisenstraße zu Rankow. Ein unheilbares Krebsleiden zwang den Mann den Revolver in die Hand. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schausaule gebracht.

Begonds Sturzflüge.

Der Sturzflieger Begond wird am Sonnabend und Sonntag seine halbtäglichen Kunststücke — diesmal mit einem Passagier — in Johannisthal wiederholen. In Rücksicht auf die früheren Vorgänge hat der Landrat von Teltow eine Bekanntmachung für die Ansahrt von Fußwerkern und Kraftwagen erlassen, die besagt: Die Ansahrt erfolgt 1. durch Berlin-Tempelhof (Schlesischer Busch), Straße am Treptower Park, Köpenicker Landstraße bis zur Baumwollenschule, dort rechts wenden und durch die Baumwollenschule bis zur Späth'schen Baumwollenschule, von dort aus den geraden Weg (Verbindungschaufler Weg—Johannisthal, Studentenrauchstraße, Parkstraße) nach dem Eingang 2. über 2. über Reuß'schen, Ganner Chaufler bis zur Baumwollenschule usw. wie zu 1., oder 3. durch Berlin-Grig, am Buschzug links wenden und auf der Chaufler an der Späth'schen Baumwollenschule vorbei, weiter wie zu 1. — Fußwerke, deren Fasseln nach den billigeren Plätzen zu 3 R. und 1 R. wollen, müssen ihren Weg von der Studentenrauchstraße rechts ab durch die Kaiser-Wilhelm-Straße und Friederichstraße nehmen. Der Weg über Berlin-Niederischdönnewalde, durch die Bahnstraße nach Johannisthal ist an beiden Tagen für jeglichen Fußwerkverkehr und Kraftwagenverkehr gesperrt. — Die Ansahrt wird nach Bedarf geregelt; den hierauf bezüglichen Anordnungen der Gendarmerie ist unbedingt Folge zu leisten.

Für Gartenliebhaber und Laubensolostisten. Arbeiter und Kleingewerbetreibende, die nicht an der See oder im Hochgebirge Erholung suchen können, müssen sich mit einer Laube begnügen, die in dem gepacketen kleinen Stückchen Land mit wahrer Lust und Freude aufgebaut wird. Wie gesund und heimlich ist nicht das Tun und Treiben in diesen Laubensolostisten und mit welcher Liebe wird das, was der magere Boden hervorbringt, von Jung und Alt geerntet und gepflegt. Wer praktische Ratsschläge für die Bodenbearbeitung und Pflanzung sucht, findet in der Deutschen Bibliothek und Verlagsanstalt, Berlin SO., Adalbertstraße 41, eine große Anzahl von Werken und Zeitschriften über Gartenbau, Blumenpflege, Obst- und Gemüsebau, Geflügelzucht usw., die in den Abendstunden von 5 1/2-9 1/2 Uhr und Sonntags, vormittags von 9-1 Uhr, vollkommen kostenlos ausgeliehen werden.

Vorortnachrichten.

Lichtenberg.

Die Städtischen Werke im Etat 1914.
Die gewerblichen Unternehmungen Lichtenbergs bilden eine der wichtigsten Einnahmequellen. Sie haben sich in den letzten Jahren in ganz besonderem Maße günstig entwickelt. Die Ueber-schüsse der Werke beliefen sich 1911 auf 830 428 M.; 1912 auf 1 267 672 M.; 1913 werden 1 825 165 M. erwartet und 1914 2 633 150 M.; das sind nur 1/2 Million weniger als die gesamten Erträge der direkten Steuern. Zu den Ueberschüssen trägt das Gaswerk mit 1 408 400 M. mehr als die Hälfte bei. Die Gasproduktion betrug 1910 rund 7 Millionen Kubikmeter; 1911: 8,3; 1912: 9,6; 1913: 11,5 und wird für 1914 auf 17 Millionen Kubikmeter geschätzt. Der Sprung von 11,5 auf 17 erklärt sich durch die Uebernahme der Gaslieferung für Rummelsburg, das bisher an Berlin angeschlossen war und allein 4,5 Millionen Kubikmeter Meßbedarf hervorbringt. Außer dem eigenen Stadtgebiet werden nach folgende Gemeinden mit Gas versorgt: Biesdorf, Rausdorf, Köhlisdorf, Marzahn, Dählwitz, Hohenschönhausen, Schöneiche, Rühndorf und Wandschütz. Der Gaspreis betrug bis zum 30. September 1913 für Leuchtgas 16 Pfennig und für Koch-, Heiz- und Kraftgas 12 Pfennig; von da an wurde ein Einheitspreis von 13 Pfennig pro Kubikmeter festgesetzt. Das Automaten-gas kostet nach wie vor 15,4 Pfennig. Die wichtigsten Einnahmeposten sind: Gasabsatz 2 198 036 M.; Wasserverkauf 55 000 M.; Stof-verkauf 1 507 000 M.; Teerverkauf 132 000 M.; Ammoniakverkauf 249 600 M. Die Einnahmen belaufen sich insgesamt auf 4 812 700 Mark, denen 3 398 300 M. Ausgaben gegenüberstehen.
Dem Wasserwerk werden 741 622 M. Ueberschuss erwartet. Dazu kommen 100 127 M. Meßbrüberschuss vom Jahre 1912. Abgegeben wurden 1910 2,8 Millionen Kubikmeter; 1911 3,3; 1912 4,8; 1913 sind geschätzt 5,5 und 1914 6,3 Millionen.
An das Rohrnetz sind angeschlossen: Lichtenberg, Oberschöne-weide, Friedrichsfelde-Karlshorn, Biesdorf, Marzahn, Rahlisdorf, Rausdorf und Dählwitz-Hoppegarten. Aus dem Wasserabsatz wurde ein Erlös von 1 982 150 M. erzielt, während die Gesamt-einnahme des Werkes sich auf 1 532 900 M. beläuft. Dieser Summe steht eine Ausgabe von 688 250 M. gegenüber.
Das Elektrizitätswerk soll 893 400 M. abwerfen, zu denen nach 58 071 M. aus dem Jahre 1912 hinzukommen. Die Stromabgabe betrug 1910: 2,8 Millionen Kilowattstunden; 1911:

3,5; 1912: 4,3; sie wird voraussichtlich 1913 7,6 Millionen erreichen und ist für 1914 auf 8,4 Millionen Kilowattstunden geschätzt. Für den Absatz von Elektrizität sind 946 666 M. Einnahme in den Etat eingestellt. Die Gesamtsumme der Einnahmen ist 1 182 700 M., die der Ausgaben 789 300 M.

Um ein genaueres Bild von der Wirtschaftlichkeit der Werke zu erhalten, sind neben obigen allgemeinen Zahlen noch einige andere Angaben von Wert. Beim Gaswerk wurde im Jahre 1912, für das genaue Angaben zurzeit vorliegen, aus je 100 Kilogramm Kohle 35,52 Kubikmeter Gas, 71,73 Kilogramm Stof, 5,54 Kilogramm Teer und 0,82 Kilogramm Ammoniak gewonnen. Der Durch-schnittsverbrauch pro Kubikmeter Gas war 14,01 Pf. Die Produktionskosten beliefen sich pro Kubikmeter auf 9,8 Pf. Davon gehen ab die Erträge der Nebenprodukte usw. in Höhe von 5,3 Pf., woraus sich die Nettokosten mit 4,5 Pf. ergeben. Verzinsung und Tilgung erfordern 3,2 Pf., die Abschreibungen 1 Pf., mithin die Bruttokosten 8,5 Pf. Beim Wasserwerk wurden zur Förderung von 100 Kubikmeter Wasser 32,6 Kilogramm Brennmaterial erforderlich. Im Durchschnitt wurden 90,99 Pf. pro Kubikmeter erzielt. Die Nettokosten sind 2,75 Pf.; die Verzinsung und Tilgung sowie Abschreibung erhöhen jedoch die Selbstkosten auf brutto 12,03 Pf. Die Elektrizitätserzeugung kostete pro Kilowattstunde 1,176 Kilogramm Brennmaterial. Der Durch-schnittspreis betrug 14,19 Pf. für die Kilowattstunde. An Nettokosten entfielen 5,47 Pf., Verzinsung, Tilgung und Abschreibung belaufen sich auf 6,3 Pf., also die Bruttokosten 11,67 Pf.

Steglich.

120 Proz. Kommunalsteuern schlägt der Etatsentwurf für 1914 vor, statt der bisherigen 110 Proz. Und trotzdem konnte das Gleichgewicht in Einnahme und Ausgabe nur durch eine geradezu gewalt-same Beschränkung selbst der notwendigsten Ausgaben und durch einen Zuschuß von 292 000 M. aus dem Ausgleichsfonds hergestellt werden. Aber nicht nur das. Auch die Einnahmeposten sind teilweise in so gewaltiger Höhe eingestrichelt, daß man den Betrag wohl wünschen kann, aber kaum zu erhoffen vermag. Die Tatsache, daß die Gemeindevertretung bisher noch nicht zur Etatsberatung zusammenberufen ist, trotzdem uns noch wenige Tage von dem 1. April trennen, mag vielleicht durch noch zu überwindende finanzielle Schwierigkeiten zu erklären. Eine Entschuldigung für die Gemeindevorwaltung ist dies jedoch nicht, eher ein Beweis dafür, daß die Dorfvorwaltung den Geschäften eines Ortes mit über 96 000 Einwohnern und einem Etat von 9 678 000 M. nicht mehr gewachsen ist. Deshalb muß mit noch mehr Nachdruck als bisher die Stadt-Verwaltung gefordert werden. Aber auch das Ausschneiden aus dem Kreis der Kreissteuern für das neue Etatsjahr wieder um rund 60 000 M., also auf rund 591 000 M. gestiegen. Selbstverständlich wird dementsprechend die Entschuldigungsforderung des Kreises beim Ausschneiden von Jahr zu Jahr höher. Die Bürgerchaft mag sich der-einst bei der heutigen Verwaltung und der Hausbesitzermehrheit dafür bedanken, daß die Trennung so lange hinausgeschoben wurde. Dinausgeschoben aus selbstthätigen Gründen; denn die Hausbesitzerpartei befürchtet — und wohl mit Recht —, in einer städtischen Verwaltung ihren jetzigen bestimmenden Einfluß einzubüßen. Wesentlich ist an dem Etat, daß er weder für die beschlossenen Mittelschulen noch für das geplante Wasserwerk irgendwelche Mittel vorsieht. Daß man sich in dem neuen Jahr mit einer Anleihe von nur 600 000 M. für Zwecke der außerordentlichen Verwaltung begnügen will, ist zwar lobenswert, doch muß bezweifelt werden, ob mit der Erweiterung des Armenhauses, der Fertigstellung der elektrischen Straßenbeleuchtung und der Erweiterung des Elektrizitätswerkes wirklich alle außerordentlichen Aufwendungen für das ganze Jahr abgetan sind. Wie in der außerordentlichen, so ist auch in der ordentlichen Verwaltung, die gegen das Vorjahr nur eine Steigerung von rund 576 000 M. ausweist, überall zu fühlen, daß nur die Angst vor einem noch höheren Zuschlag der Berater war. Man darf gespannt sein, wie sich die Gemeindevertretung mit dem Entwurf abfinden wird, zumal in Bürgerkreisen gegen einzelne Einnahmeposten Sturm gelaufen wird, für die doch schließlich anderweitig Ersatz geschaffen werden möchte, weil noch größere Beschränkung der Ausgaben schier unmöglich erscheint.

Charlottenburg.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern mittag in der Bestalozzistraße. Dort war der 10 Jahre alte Sohn einer in der Kamstr. 105 wohnhaften Frau Seidel beim Trübspiel beschäftigt; er wurde von einem plötzlich herankommenden Auto erfasst und so unglücklich zu Boden geschleudert, daß das linke Hinterrad des Gefährts über den Oberkörper hinwegfuhr. Außer sonstigen Verletzungen wurde auf der Rettungswache in der Kaiser-Friedrichstraße bei dem verunglückten Knaben ein doppelter Schädelbruch festgestellt.

Anlässlich der bevorstehenden Schulentlassung mühen sich alle Vereine der bürgerlichen Jugendbewegung ab, die Jugend, speziell die Arbeiterjugend, einzufangen. Es ist Pflicht aller Arbeitereltern, ein Augenmerk darauf zu richten, welchen Weg ihre Jugend einschlägt. Am Sonntag, den 20. März, mittags 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, eine Schu-entlassungsfeier für die arbeitende Jugend statt. Die Festrede hat Herr S. Kadenstein übernommen. Außerdem künstlerisches Programm unter Mitwirkung von Frä. Kuffel (Regitation), Herr Dr. Heinz Schall-Gaspary (Lieder zur Laute), Charlotten-burger Liedertafel. Die Arbeiterjugend und deren Eltern sind freundlich eingeladen. Eintrittskarten für Erwachsene sind bei Schornberg, Seifenheimer Straße 1, zu haben (25 Pf.). Jugend-lücke unter 18 Jahren frei.

Die Jugendsektion veranstaltet am Mittwoch, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, einen Unter-haltungabend mit Regitationen (Genosse Wingueth-Neudöhlen) und musikalischen Darbietungen. Die jungen über 18 Jahre alten Gemeindeglieder können an diesem Abend ihren Beitritt erklären. Alle Vorankündigungen der Jugendsektion sind unentgeltlich.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde beschlossen, mit den Nachbargemeinden Hohenschönhausen und Seinersdorf einen Kanalisations-Zweckverband abzuschließen. Beide Gemeinden führen schon seit längerer Zeit ihre Abwässer in das Weißenseer Druckrohr. Dem Zweckverband wird das Rieselgut Viehholz in der Gesamtgröße von 681 Hektar übereignet. Die Anschaffungs-kosten, die Einrichtung der Bewirtschaftung und die Verzinsung vom 1. April 1910 ab belaufen sich auf 8 650 000 M. Diese Summe wird dem Zweckverband gestundet und von ihm mit 4 1/2 Proz. verzinst und mit 14 Proz. amortisiert. Das Stim-mverhältnis wurde so geregelt, daß die Gemeinden Hohenschönhausen und Seinersdorf zusammen immer eine Stimme mehr haben wie Weißensee. Jürgelt entfielen die früheren Gemeinden je 2 Delegierte, während Weißensee 3 Dele-gierte hat. Die Gesamtzahl der gegenwärtig abgeführten Wasser-mengen beträgt 2 040 000 Kubikmeter, an Gebühren tragen die Gemeinden Weißensee und Seinersdorf 743 Pf. pro Kubikmeter, während Hohenschönhausen nur 7,1 Pf. pro Kubikmeter zahlt. Die Kanalisationskosten im Ort tragen die Gemeinden je für sich. Der Zweckverband soll schon vom 1. April ab in Kraft treten. — Eine längere Debatte entstand bei dem Punkt Festsetzung der Kanalisationsgebühren. Der frühere Streit über die Beitrags-leistung entzante von neuem, weil die Gebühren von 2,2 auf 2,5 Prozent erhöht werden mühten. Seinerzeit sollten einige Herren aus der Verwaltung die Erklärung abgegeben haben, daß, wenn die beschlossene Beitragsordnung Gesetz würde, die Gebühren auf unter 2 Proz. sinken würden; das darliegende Reizkalt bedeutete wiederum eine Erhöhung. Herr Jürgelt wollte lieber den Kom-munalzuschlag erhöhen, als den Hausbesitz noch weiter belasten.

Im selbst konnte der Bescheid, daß laut Gesetz die Hausbesitzer die Kanalisationskosten zu tragen haben, nicht befriedigen; er stimmte als einziger dagegen. Für das nächste Jahr betragen die Kanali-sationsgebühren 2 1/2 Proz. nach einem Kubertrage von 6 100 000 Mark. — Auch die Errichtung eines zweiten Wochenmarktes brachte die Herren wieder in Harnisch. Der jetzige Marktpächter hatte den Antrag gestellt, auf der Prenzlauer Promenade einen zweiten Wochenmarkt zu errichten, und die Finanzkommission hatte dem zugestimmt. Es erklangen nunmehr die üblichen Reden über Schädigung der Gemerbetreibenden und der Hausbesitzer, die ihre Läden nicht vermieten können; doch zum Schluß wurde der Antrag gegen zwei Stimmen angenommen. Die Märkte sollen am Dienst-Tag und Freitag vormittags bis 1 Uhr abgehalten werden. Der Marktpreis beträgt im ersten Jahre 1500 M., im zweiten und dritten Jahre 2000 M., im vierten bis sechsten Jahre 4000 M. — Hierauf folgte noch eine geheime Sitzung.

Wilmerdorf.

Einen empfindlichen Verlust hat ein Hausbesitzer des sozial-demokratischen Wahlvereins zu beklagen. Derselbe verlor am Sonnabendabend auf dem Wege von der Berliner Straße nach dem Stadtpark, Kaiserallee 52, ein Portemonnaie mit 76,50 M. Da der Verlierer für das Geld hasibar ist, bittet derselbe den ehrlichen Finder, seine Adresse an Herrmann Adam, Berliner Straße 26, ge-langen zu lassen.

Grig.

In der Gemeindevertretung wurde der Vorschlag für das Etatsjahr 1914 beraten. Derselbe balanziert mit 3 672 000 Mark. Für Erhöhung der Beamtengehälter sind in diesem Jahre 4700 M. mehr eingesetzt. Die Realschule erfordert einen Zuschuß von 7000 M., die höhere Mädchenschule einen solchen von 2000 M. Unsere Genossen verlangten bei Beratung dieses Titels, daß der Gemeindevorsteher über die höheren Schulen einen Bericht geben solle; derselbe wurde zugesagt. Für die Gemeindefschulen werden 9500 M. mehr gefordert. Die Frequenz in den Schulen beträgt pro Klasse 43,5 Schüler. Hier beantragte Gemeindevorte-reter Genosse Prenglow die Anstellung eines zweiten Schularztes, da für den einen Schularzt die Anzahl der zu überwachenden Kinder eine zu große wäre. Bei dem Kapitel Schulzahnpflege wurde von unseren Genossen gefordert, die eingetragte Summe auf 800 M. zu erhöhen. Die bürgerlichen Vertreter lehnten diese Anträge wie auch die Erhöhung der Lehrergehälter ab. Ferner stellten unsere Vertreter die Forderung, für die Gemeindearbeiter eine Erhöhung des Tageslohnes (jezt 4 M.) auf 4,50 M., innerhalb 5 Jahren steigend auf 5 M., vorzunehmen. Die Vertreter der 1. und 2. Klasse verhielten sich ablehnend, jedoch sagte der Bürgermeister zu, nach Möglichkeit in diesem Jahre eine Aufbesserung einzutreten zu lassen. Bei der Steuerverwaltung beantragten unsere Vertreter, die Ein-kommen unter 300 M. steuerfrei zu lassen. Natürlich wandte sich auch hier die bürgerliche Mehrheit dagegen. Unsere Gemein-devertreter forderten dann, daß wenigstens diesen Steuerzahlern von der Gemeinde eine Veranlagung zugesandt werde, damit den-selben Gelegenheit für eventuellen Einspruch gegeben werde. So-wweit keine gesetzlichen Veränderunggründe bestehen, ver sprach der Bürgermeister, dem Wunsche zu entsprechen. Zur Deckung der verschiedenen Mehraufwendungen machte sich die Erhöhung der Grundsteuer notwendig. Diefelbe wurde auf 80 M., für jeden weiteren Hund auf 40 M. festgesetzt. Der Gemeindesteuerzuschlag bleibt bei 120 Proz.

Tegel.

Ein Lokomotivschuppen in Flammen. Auf dem Hafensbahnhof der Industriebahn Tegel-Friedrichsfelde brach vorgestern nach-mittag ein größeres Feuer aus. Der Brandherd lag in einem aus Fachwerk bestehenden Lokomotivschuppen, und als die Feuer-wehren von Tegel, vom Vorsignal und aus Wittenau anrückten, stand der ganze Schuppen schon vollständig in Flammen. Drei Lokomotiven hatte man noch in letzter Minute ins Freie kolon-künnen. Die Wehren griffen das Feuer sofort mit mehreren Rohren an, doch konnte nicht verhindert werden, daß die Flammen auch auf den benachbarten Wasserturm übersprangen. Erst nach zweistündiger Löschtätigkeit war die Gefahr beseitigt. Der Lokomotivschuppen, der auch Reparaturwerkstätten enthielt, ist völlig zerstört worden. Ebenso sind an dem Wasserturm alle Holzteile verbrannt. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. Eine Betriebsstörung tritt bei der Industriebahn nicht ein. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Reinickendorf.

In der Gemeindevertretung verlas der Bürgermeister zu-nächst den in Gemeinschaft mit dem Berliner Magistrat bei der Regierung gestellten Antrag auf Vereinigung Reinickendorfs mit Berlin. Den neuen Vorschlag des Etats pro 1914/15 festzusetzen, bietet so außerordentliche Schwierigkeiten, daß es aussichtslos er-scheint, ihn bis Ablauf dieses Etatsjahres zu Ende zu beraten. Die Finanzkommission beantragte daher, den Gemeindevorstand zu ermächtigen, im neuen Etatsjahr vorläufige Zahlungen nach Maßgabe des Etats vom laufenden Jahre zu leisten. Die Ver-sammlung stimmte dem Antrage zu. Vom Gemeindevorstand war beim Provinzialschulkollegium beantragt worden, die höhere Mädchenschule als Lyzeum anzuerkennen. Die Schule befindet sich zurzeit noch in einem Ausbau der ersten Gemeindefschule. Die Regierung verlangte nun unter anderem, daß sie jederzeit das Recht haben solle, von der Gemeinde den Bau eines eigenen Schul-gebäudes für das Lyzeum zu fordern; eine bei unseren finanziellen Verhältnissen sehr harte Bedingung. Es besteht kaum ein Zweifel, daß — veranlaßt durch Beschlüsse der Eltern und der Anstalts-leitung — die Regierung schon in sehr kurzer Frist den Neubau verlangen würde. Es wurde deshalb beschlossen, eine mindestens vierjährige Baufrist festzusetzen. Die Kanalisationsgebühren wurden wieder auf 2 1/2 Proz. vom staatlich veranlagten Gebäudewer-tungswert festgesetzt. Vorher aber ließ sich die bürgerliche Fraktion vom Gemeindevorstand bestätigen, daß seiner Ansicht nach die hiesige Gemeindevertretung bei der Festsetzung etwaiger vom Zuschuß des Kanalisationszweckverbandes beschlossenen Beiträge nicht mitzuwirken habe. Diese Frage spielt augenblicklich in Rein-ickendorf eine große Rolle. Das Rieselgut Schönerlinde steht im Eigentum des von den Gemeinden Reinickendorf und Wittenau gebildeten Kanalisationszweckverbandes. Nach dem zwischen beiden Gemeinden abgeschlossenen Zweckverbandsvertrage und nach § 17 Abs. 1 des Zweckverbandsgesetzes ist der Zweckverband berechtigt, in sachgemäßer Anwendung des Kommunalabgabengesetzes Gebühren und Beiträge zu erheben. Der Erwerb des zur Verrieselung be-nötigten Geländes und die Einrichtung des Rieselgutes zwingen zur Aufnahme einer hohen Anleihe, deren Verzinsung und Tilgung, jezt außerordentliche Aufwendungen erscheinen, die in Form außer-ordentlich hoher Kanalisationsgebühren ihren Ausdruck finden. So würde diese beispielsweise in Reinickendorf bauend mindestens 7 Proz. vom Gebäudewertungswert betragen müssen. Eine Ermäßigung dieser Höhe kann nur erreicht werden, wenn durch eine einmalige außerordentliche Schuldentilgung der Zinsendienst erleichtert würde. Die Mittel hierzu mühten von den Interessenten — den Haus- und Grundbesitzern — durch einen einmaligen Bei-trag aufgebracht werden. Diese Absicht fand auch anfänglich den Beifall der Hausbesitzer und Reinickendorf siehe dann im Verbands-ausschuß einen Beschluß durch, der die Straßenanlieger verpflichtet, pro laufenden Meter Grundstücks-Strahlenfront einen einmaligen Beitrag von 20 M. zu leisten. Wider Erwarten erhoben sich aber gegen diesen Beschluß — wohl aus der Hoffnung auf Eingemeindung geboren — bei den Hausbesitzern, die bei diesem Beschluß gerade am besten wegkommen, ein starker Widerspruch. Sie behaupten jezt, daß der Zweckverband nicht das Recht habe, derartige Beschlüsse zu fassen. Er könne den gesamten Bedarf feststellen und den ungedeckten Teil durch ein Umlageverfahren auf die einzelnen Verbandsglieder — also die Gemeinden — verteilen. Und diese haben dann erst nach

ordnungsmäßigen Beschlüssen der Gemeindeförperschaften das Recht, den benötigten Beitrag von den einzelnen Interessenten zu erheben. Und hier zu Hause bei sich, in der von ihnen beherrschten Gemeindeverwaltung, glauben sie die Sache irgendwie mit einer neuen Anleihe — Zinsen und Tilgung selbstverständlich zu lösen der Allgemeinheit — beschließen zu können. Zu ihrem großen Leidwesen aber war „nichts mehr zu machen“. Die bürgerliche Fraktion aber ließ sich zur Sicherung ihrer heissen Haut vom Gemeindevorstand befähigen, daß sie für diese Frage „leider“ unzufrieden sei. Die armen Kreise, sie weinten fast — vor Freude über ihre Unzufriedenheit. Vom Gemeindevorstand war beantragt worden, die Genfer Straße voll auszubauen. Es wurde aber beschlossen, nur an den Stellen den Ausbau vorzunehmen, an denen bereits gebaut worden ist. In den Verbandsauschuß des Giroverbandes der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg wurde auf Vorschlag des Herrn Denschke, der bei dieser Gelegenheit seine Kandidatenrede hielt, der Stadtrat Reichel gewählt. Den üblichen Anträgen auf Genehmigung von Etatsüberschreitungen wurde zugestimmt.

Reinickendorf-Zegel.

Die Mißstände in der Niederbarnimer Crisikrankenkasse. Mit diesem Thema wird sich am Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“, Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 1, eine öffentliche Krankenkassenmitgliederversammlung beschäftigen. Eine zweite Versammlung findet am Freitag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Fischbänken“, Reinickendorf-West, Fischbänkstr. 60, statt. — Arbeiter, erscheint in Massen in diesen Versammlungen und protestiert gegen das unbillige System in der Krankenverwaltung.

Die Gewerkschaftskommissionen von Reinickendorf und Zegel.

Die Gemeindevahlbewegung.

Karlshorst. Auf zur Gemeindevahl! Heute soll es sich entscheiden, ob die Gemeindepolitik der letzten Jahre in der bisherigen Weise fortgeführt werden soll von Leuten, die nicht das geringste Verständnis für das Wohl der minderbemittelten Bevölkerungsschicht bewiesen haben. Durch den Terrorismus unserer Gegner ist die sozialdemokratische Partei bisher nicht in der Lage gewesen, der hiesigen Bevölkerung Aufschluß zu geben über die Sünden der bürgerlichen Vertreter. Nicht eine größere Versammlung konnte sie abhalten, weil ihr die Säle vorenthalten werden. Um so mehr ist es Pflicht eines jeden Arbeiters heute am Wahltag durch intensive Tätigkeit dafür zu sorgen, daß auch der letzte unserer Anhänger herangezogen wird. Uns steht nicht der Beamtenapparat wie den Gegnern zur Verfügung, um so mehr müssen unsere organisierten Genossen heute mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß wir die Wahl mit Ehren bestehen. Schon werden im bürgerlichen Lager Versuche unternommen, bei einer etwa notwendig werdenden Stichwahl zu einer Einigung zu gelangen. Macht alle Hoffnungen der Gegner zunichte und tretet geschlossen für unsere Kandidaten Engel und Dempschke ein. Stellt Euch so früh wie nur irgend möglich im Schlepplokal, Restaurant Buchholz, Dönhofsstraße 1, zur Verfügung. Gewählt wird in dem uns nicht zur Verfügung stehenden Restaurant König, Leslowalder 87, von 12—8 Uhr. Frisch ans Werk! Wahlergebnisverbindung abends 8 1/2 Uhr im „Hirschenhof“.

Reinickendorf. Bei den am Sonntag und Montag stattgefundenen Gemeindevahlwahlen für die dritte Klasse erhielten im 1. Bezirk die Genossen Lange 1008, Schulze 921 Stimmen; im 2. Bezirk der Genosse Seile 808 Stimmen und im 3. Bezirk der Genosse Wursch 893 Stimmen. Die auf einige bürgerliche Gegner entfallende Stimmenzahl ist so gering, daß sie einer Erwähnung nicht bedarf.

Wiederhof. Die Gemeindevahlwahlen in der zweiten Abteilung hatte folgendes Ergebnis: Es erhielten Haus- und Grundbesitzerverein 184 Stimmen, Neuer Haus- und Grundbesitzerverein 47 Stimmen und die Sozialdemokratie 76 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. Bei dieser Wahl wurden insgesamt 54 Jorensstimmen abgegeben. Außerdem mußten 19 Jorensstimmen zurückgewiesen werden. Die Gegner hatten es sich nicht nehmen lassen, sogar Schulkinder zum Zettelverteilen zu verwenden.

Zu Prenzen (Kreis Niederbarnim) gelang es, in der dritten Klasse in dem Genossen Otto Börlig den ersten Sozialdemokraten ins Dorparlament zu wählen.

Erker. Endlich ist die Wahl ausgeschrieben, sie findet am Sonntag, den 29. März, im Lokal von A. Degebrodt, Friedrichstr. 1, statt. Die dritte Klasse wählt von 12—6 1/2 Uhr nachmittags. Am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr wird bei E. Degebrodt.

Friedrichstr. 75, eine große öffentliche Wählerversammlung zur Wahl Stellung nehmen. Die Handzettelverbreitung dazu, verbunden mit der Verbreitung eines Flugblattes, wird am Mittwochabend vorgenommen. Jeder Genosse hat die Pflicht, sich daran zu beteiligen.

Friedrichshagen. Die Gemeindevahlen sind in allen drei Klassen beendet. Daß in der dritten Klasse unsere Genossen Rietke und Stephan mit überwaltigender Stimmenmehrheit wiedergewählt wurden, haben wir schon berichtet. In der zweiten Klasse wurde für den auscheidenden Herrn Gude der Buchdruckereibesitzer Roster-Dirschgarden ohne Gegenkandidaten und in der ersten Klasse wurden die beiden bisherigen Vertreter Göring und Ginge, in der Erstwahl Rentier Proker gewählt.

Diese Wahlergebnisse bilden eine trübselige Niederlage für den famosen Bürgerverein. Unter diesem Namen vereinigte sich vor etwa zwei Jahren ein kleines Grüppchen hochkonservativer Leute, zumeist Staatsbeamte, um einerseits gemeinschaftlich die Gemeindevahl zu bestreiten, andererseits die bestehende Gemeindeverwaltung mit Haut und Haaren zu verfalligen. Ueber eine Vernachlässigung der eigentlichen Vereinsaufgabe sind Klagen nicht bekannt geworden. Was hingegen die andere anbetrifft, so ist die hiesige Einwohnerzahl seit Monaten nicht im Zweifel darüber gelassen worden, daß bei den diesmaligen Wahlen der Bürgerverein mit eisernen Fesseln und fortan die Zügel der Gemeindeverwaltung in seine kraftvollen Hände nehmen werde. Vor allem sollte die Sozialdemokratie aus dem Gemeindeparlament entfernt werden, deren „Einschluß und Ausschluß“ nicht mehr zu ertragen sei. Habe doch ein sozialdemokratischer Vertreter die Freiheit besessen, in ein und derselben Sitzung Unterstützung für Arbeitslose zu verlangen, dagegen die Uebernahme der Posten für einen Vierabend zur Jahreshundertfeier abzulehnen! „Solche Männer gehören nicht in die Gemeindevahl“, so und ähnlich las man es in dem Wahlflugblatt und auch, daß der „Erfolg sicher“ sei. Wo ein Don Quichotte sein Schicksal tragt, pflegt auch ein feister Sancho Panza sich einzustellen. Und siehe da, Herr Crengien, Vorsitzender vom Haus- und Grundbesitzerverein, erschien mit verklärter Miene auf dem Schauplatz der Begebenheiten. Räumlich der Bürgerverein hatte ihm eines von den Mandaten der dritten Klasse, die er der Sozialdemokratie abnehmen würde, abgetreten. Allerdings sollte dafür der Grundbesitzerverein von den drei zu besetzenden Mandaten der ersten Klasse sofort zwei dem Bürgerverein überlassen. Mit dem dritten aber sollte eine ganz merkwürdige Schiebung vorgenommen werden. Der seitherige Vertreter Göring, den direkt abzuschließen man sich wohl nicht recht getraute, sollte diesmal als Angesehener gewählt werden, obwohl er die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht erfüllt. Die Wahl hätte für ungültig erklärt werden müssen, doch wird man annehmen dürfen, daß dann der Bürgerverein selbstlos in die Dreiecke gesprungen wäre, um auch das dritte Mandat zu besetzen. Der Handel lief also letzten Endes darauf hinaus, dem Bürgerverein drei Mandate der ersten Klasse zuzuschlagen, wofür er lediglich die doch immerhin nicht ganz sichere Aussicht auf ein Mandat in der dritten Klasse in Kauf gab. Wer da meint, daß dieser Handel denn doch zu — gesellschaft angelegt gewesen sei, um beim Vorstand des Grundbesitzervereins Gegenliebe zu finden, der informierte sich gefälligst bei Gervantes über das Wesen des Sancho Panza. Herr Crengien unterschrieb den Vertrag! Seine Grundbesitzerversammlung jedoch brachte ihm verständnisvolle Feitheit entgegen und — nominerte die beiden bisherigen Vertreter und für die Erstwahl Rolermeister Schmidt. Erfreulicherweise ließ der Bürgerverein seinen Joten darüber nicht an den unschuldigen Crengien aus, sondern beließ ihm seine Kandidatur — bis der jämmerliche Durchfall ihr ein natürliches Ende bereite. Nach der Abgabe der Grundbesitzer wurde es dem tapferen Don Quichotte und Sozialistischer etwas hänglich und Herz, aber einmal begann der Stern des Oberlehrers Haife, Vorsitzender des Bürgervereins, aufzulichten, als kurz vor der Wahl Herr Schmidt die Kandidatur ablehnte und eifertig der Vorstand des Grundbesitzervereins, ohne die Mitglieder zu fragen, durch eine öffentliche Bekanntmachung Herrn Haife als alleinigen Kandidaten für die Erstwahl proklamierte. Durch diesen Streich schien nun wenigstens die Wahl des Vorsitzenden vom Bürgerverein gesichert, nachdem ihm alle anderen Jelle davongeschwommen waren. Doch immer noch war das Maß der Enttäuschungen nicht voll. Als man das Resultat der Wahl in der ersten Klasse besah, lag Herr Haife mit ganzen 10 Stimmen platt im Sande, während der plüsch wie vom Himmel herabgeschneite Kandidat Roker mit 30 Stimmen das Mandat in die Tasche steckte. Nun laßt ganz Friedrichshagen über den Reinsfall des Bürgervereins. Und während Don Quichotte gebrochenen Herzens seine Hoffnungen abgibt, reißt sich Sancho Panza im hilflosen Erstaunen über die Ironie des Schicksals die schmerzliche Hinterseite.

Schenckendorf (bei Königs-Wusterhausen). Die Gemeindevahlen finden am Mittwoch, den 26. März, im Restaurant Rudolf Wöhrle statt. Die dritte Abteilung wählt von 6—7 1/2 Uhr nach-

mittags, die zweite von 7 1/2—8 Uhr abends. Für uns kommt diesmal nur die zweite Abteilung in Frage, der sozialdemokratische Kandidat ist Genosse Hermann Wodisch. Von gegnerischer Seite sind zwei Kandidaten aufgestellt, so daß es höchstwahrscheinlich zur Stichwahl kommt. Da wir für die dritte Klasse keinen Genossen als Hausbesitzerkandidaten haben, beteiligen wir uns offiziell nicht an der Wahl. Es ist jedoch Pflicht der Genossen, pünktlich um 6 Uhr anwesend zu sein, damit die Besetzung des Bureaus von uns erfolgen kann.

Grünau. Zu dem Ausfall der Gemeindevahlwahlen ist zu bemerken, daß sich in der hiesigen Bevölkerung im Laufe der letzten Jahre dadurch eine bedeutende Veränderung vollzogen hat, daß zirka 200 Beamtenfamilien im Ort anständig geworden sind, die die eigentliche Arbeiterbevölkerung nach und nach hinausgedrängt haben. Jede freierwerbende Wohnung wurde sofort durch Beamte belegt. Dieser Umstand machte sich bei der letzten Wahl augenfällig bemerkbar. Bei Beginn des Wahlablattes füllte sich das Lokal sofort mit 60 bis 70 Beamten. Um den verhassten Sozialdemokraten aus der Vertretung zu verdrängen, hatten sich Grundbesitzer, Liberaler Bürger- und der Beamtenverein auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt und zwar auf den konservativen Bahnmeister Steinweg. Von 885 eingeschriebenen Wählern erschienen 487. Unter den 246 bürgerlichen Stimmen befanden sich 42 Jorens- und 147 Beamtenstimmen. Wirklich ein Resultat, auf das Herr Ehrhardt als Wahlmacher des Bürgervereins und Herr Wiede vom Grundbesitzerverein nicht besonders stolz sein können. Die 130 Mitglieder des liberalen Bürgervereins haben sich bis auf wenige Ausnahmen nicht an der Wahl beteiligt, also gegen die Maßnahmen seines Vorstandes rebelliert und dadurch mehr politisches Reinklinkergespiel bewiesen wie dieser.

Bedeutungsvollerweise hatten eine Anzahl Arbeiter sich der Wahl enthalten. Der Ausgang dieser Wahl muß ein Ansporn sein, die nach ihrer Klassenlage zu uns gehörenden Wähler zu gewinnen, um über zwei Jahre das nachzuholen, was dieses mal verjährt wurde.

Rudow. Bei der hiesigen Gemeindevahl gelang es leider unseren Genossen nicht, das Mandat in der 3. Abteilung zu erobern. Nach einem von den Gegnern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geführten Wahlkampf unterlag unser Kandidat mit 68 gegen 76 Stimmen den bürgerlichen Kandidaten. Mit welcher Heftigkeit der Wahlkampf geführt wurde, geht schon daraus hervor, daß es unseren Genossen gelang, mit nur 2 Stimmen Mehrheit das Wahlbureau zu besetzen. Das veranlaßte unsere Gegner, zu persönlich gehässigen, oft rabauartigen Angriffen auf unsere Genossen während der Dauer der Wahlhandlung. Der Vorgesetzte der Herren beruhte darauf, daß der Wahlvorstand 23 Jorensstimmen, deren Unterschrift keine Beglaubigung aufwies, nicht zur Wahl zuließ. — Der Wähler der ganzen Wahl, Direktor Gutschow vom Neudöllner Krankenhaus, leitete persönlich die Arbeiten für den bürgerlichen Kandidaten, ein Auto zum Schleppen hatte der Jahrtadler Wolf in Reich gestellt. Daß wir das Mandat nicht gewannen, dürfte hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben sein, daß das Personal des Krankenhauses unter persönlicher Aufsicht ihres Direktors, der während der ganzen Wahlzeit zugegen war, ihr Wahlrecht ausüben mußte. — In der 2. Abteilung wurde mit 25 Stimmen Landwirt Döhler, in der ersten mit 3 (drei) Stimmen Gutbesitzer Rohrbach gewählt. Wegen die Wahl des letzteren wurde sofort Protest erhoben.

Auch bei diesen Wahlen mußten unsere Genossen vom Wahlvorstand 8 Jorensstimmen mangels Beglaubigung der Unterschrift zurückweisen. Der Ausgang der Wahl der 3. Abteilung zeigt unseren Genossen, daß noch mehr agitiert werden muß, wenn die 3. Abteilung Besitz der Arbeiterklasse werden soll. Es ist während des Wahlkampfes der Boden vorbereitet, nun muß die Arbeit für die Gewinnung von „Vorwärts“-Lesern und Mitgliedern für den Wahlverein einsetzen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevereinigungen.

Friedrichshagen. Heute Dienstag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathhaus. Fortsetzung der Stadtverwaltung.
 Liebenberg. Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 6 Uhr, im Rathhaus, Wöllendorferstraße. Fortsetzung eventuell Freitag.
 Marienfelde. Am Mittwoch, den 25. März, nachmittags 6 Uhr, im Schulhaus, Dorfstr. 88.
 Nieder-Schönhausen. Heute Dienstag, nachmittags 6 Uhr, im Rathhaus, Stadlerstraße.
 Gernsdorf b. Berlin. Dienstag, den 24. März, abends 5 Uhr, im Gemeindehaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende.

Waldmannslust. Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“, Dianastr. Vortrag des Gen. Cassen-Berlin über „Verfallungstragen“.
 Ober-Schöneweide. Mittwoch, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Rabe, Südbühnenstr. 43. Vortrag der Genossin Grunau.

Hochinteressant, spannend und lehrreich für jeden Leser!

Die Wunder der Urwelt

und die Entwicklungsgeschichte der Erde.

Nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen bearbeitet und herausgegeben von GUSTAV A. RITTER.

In klarer, jedermann verständlicher Sprache zieht hier die Schöpfungsgeschichte von den Uranfängen bis zur Gegenwart an uns vorüber. Wir sehen nicht nur den Erdball selbst entstehen, sondern auch die organische Welt, die auf demselben lebt. Pflanzen sowohl wie Tiere sich von den unvollkommensten organischen Körperchen durch Zeiträume von Jahrmillionen bis zu immer vollkommeneren Gestalten entwickeln, bis sie in dem Menschen, als dem höchstorganisierten und vollendetsten Wesen, ihre höchste Schöpfungskraft zeigt. — Was Kopernikus, Kepler, Newton, Kant, Laplace, Alexander von Humboldt, alle die vielen Forscher als richtig erkannt und zu einem mächtigen Geistesbau zusammengefügt haben, das wird in diesem Buche in großen Zügen entwickelt.

Zahlreiche Anerkennungen aus allen Kreisen und aus allen Teilen der Welt, u. a.:

Nachdem ich schon 5 Bücher von Ihnen erhalten habe, bin ich überzeugt, daß diese Prachtbibliothek in keinem Hause fehlen darf. Ich werde deshalb Ihre wertvollen Bücher gern jedem empfehlen, und nach und nach mir noch mehr Exemplare kommen lassen.

Ca. 700 Seiten mit mehr als 500 Original-Illustrationen. Ganzleinen-Prachtband. Lexikon-Format. Wirk können das Werk jedem Leser nur bestens empfehlen, um so mehr, als der außergewöhnlich billige Preis nur 3 Mark für das ganze Werk beträgt.

Willibald Wende Verlag
 Berlin W., Lützow-Straße 31

Als Geschenkwerke sowie vorzüglich geeignet zu Prämien, Bibliothekszwecken u. dergl. sind die bereits früher angelegten Werke, die soweit noch vorrätig, ebenfalls zum Preise von 3 Mark abgegeben werden.

Rund um die Erde
 Das große Buch der Liebhaber des Das große Buch der Jagden u. Abenteuer
 Das Buch der Neuesten Erfindungen
 Wunder der Unterwelt, des Himmels
 Das Buch der Tierwelt
 Der Haussekretär
 Schillers, Goethes, Shakespeares Werke
 Ratgeber für den Guten Ton
 Praktische Rednerschule
 Dr. Bock's Buch v. ges. u. krank. Mensch.
 Neue Parlen der Tonkunst

60 000 □ F. Ausstellungen Brunnenstrasse 120
 Weitere grosse Lager im Fabrikgebäude

Berlin N. Beachten Sie meine 3 Schaufenster
 Besichtigung ohne Kaufzwang

Berlin N. Brautleuten Vorzugs-Offerten!

Berlin N. Solide Preise

Möbel

Gediegene Qualitäten

Bis 30. April 5% Extra-Rabatt auf komplette Zimmer

Berlin N.

Otto Piehl

 Brunnenstr. 120

Klein Kredithaus Kulant Teilzahlung

Teilzahlung erhöht die billigen Preise in keiner Weise.

Reichstag.

230. Sitzung, Montag, den 23. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lisco, Kraetke, Kühn. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf betr. die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Nemeistrom bis zum Piffestzug.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte angenommen. Ebenso in dritter Beratung das Gesetz über die Folgen der Verhinderung von Wechsel- und scheidungsrechtlicher Handlungen im Ausland.

Es folgt die

Zweite Beratung des Etatnotgesetzes.

Die Abg. Bed (natl.) und Erzberger (Z.) beantragen, die sich aus dem vermehrten Bedarfsbedürfnis ergebenden neuen Beamtenstellen im Postetat schon in diesem Gesetz zu bewilligen.

Abg. Bed (natl.)

weist darauf hin, daß die Entscheidung in den anderen Beamtenfragen durch diese Bewilligung nicht beeinflusst werden solle.

Der Antrag und das Etatnotgesetz werden angenommen. Der Reichsschuldenkommission wird für ihren Bericht vom 8. März 1913 Entlastung erteilt.

Ohne Debatte erledigt werden Rechnungen über den Etat von Kiautschou für 1906, 1906 und 1907, eine Rechnung der Oberrechnungskammer für 1910 sowie Rechnungen über die Etats einiger Kolonien für 1908.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsetats für 1913 betreffend den

Erwerb des Grundstücks Viktoriast. 34 für die Militärverwaltung.

Die Kommission beantragt die Bewilligung der als erste Rate geforderten 2500 000 M., unter Uebnahme des Titels aus dem Militärstat in den Etat des Reichsschatzamt, mit der Hinzufügung, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Veräußerung, zu der die Zustimmung des Reichstages einzuholen ist, vorbehalten bleibt, und daß die Verwaltung im übrigen ermächtigt ist, das Grundstück zu veräußern, falls mindestens der Selbstkostenpreis erzielt wird.

Ferner beantragt die Kommission dazu drei Resolutionen. Erstens soll die Frage des Regrehananspruches des Reichs als bald geprüft und dem Reichstag darüber berichtet werden, ferner sollen Kaufgeschäfte über Grundstücke in Zukunft etatsrechtlich ebenso behandelt werden wie Kaufgeschäfte und drittens wird der Reichskanzler um beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes ersucht.

Abg. Stücken (Soz.):

Durch die Vorlage soll eine Angelegenheit zum Abschluß gebracht werden, die seit Jahr und Tag sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Es handelt sich hier um einen Verstoß gegen das Budgetrecht des Reichstages, um den

Beschluß einer Verfassungsverletzung.

Dem Reichstag wird eine Rechnung präsentiert, die weit über 6 Millionen hinausgeht, die aufgestellt wurde von einem Schiedsgericht, von dessen Zusammensetzung der Reichstag keine Kenntnis hatte. Die Kommission hat sich dahin entschieden, daß der Reichstag in den lauren Apfel beißen und für den Betrag aufkommen müsse. Der Kriegsminister meinte in der Kommission, damit, daß dem Reichstag diese Vorlage zugehe, sei um Indemnität gebeten. Danach scheint er eine sehr verschleierte Auffassung von dem Begriff Indemnität zu haben. Wenn die Regierung das wollte, mußte sie im vorigen Jahre bereits erklären, wir sehen ein, daß wir gegen die Verfassung verstoßen haben, und bitten um Indemnität. Jetzt, nachdem das Schiedsgericht den Militärstatus beurteilt hat, dem Reichstag erklären, er solle die annähernd 6 Millionen bezahlen, damit sage man zugleich um Indemnität nach, das heißt denn doch, dem Reichstag alszuviel zumuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nein, Indemnität ist nicht nachgesucht worden, der Reichstag ist vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Ich behaupte, daß die Militärverwaltung mit voller Absicht darauf hingielte, das Budgetrecht des Reichstages bei dem großen Beschäft, das da gemacht werden sollte, vollkommen auszuhalten. Deshalb muß der Reichstag mit aller Schärfe dieses Vorgehen beurteilen, damit die Herren von der Militärverwaltung einsehen lernen, daß die Bestimmungen der Verfassung nicht allein für uns, sondern auch für sie gelten, damit nicht ein zweites Mal versucht wird, den Reichstag zunächst in der Weise zu hintergehen, und dann vor eine vollendete sehr unangenehme Tatsache zu stellen. (Präsident Kämpf rügt den Ausdruck „hintergehen.“) Ich werde versuchen, die Handlungsweise der Militärverwaltung mit dem mildsten Ausdruck zu charakterisieren, möchte aber betonen, daß eine solche Angelegenheit den Reichstag noch niemals beschäftigt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es dreht sich bekanntlich um den Neubau eines Gebäudes für das Militärkabinett. Bereits 1903 wurde vom Reichstag der Bau eines solchen Gebäudes Ecke Prinz-Albrecht- und Königgräber Straße abgelehnt im Hinblick auf die schlechten Finanzen des Reichs. Die sind inzwischen nicht besser geworden, sondern vor allem durch die Schuld des Militarismus noch schlechter. Der Chef des Militärkabinetts Herr v. Sander drängt aber seit langem darauf, daß ein eigenes Gebäude für das Militärkabinett und vor allem für ihn eine luxuriöse Dienstwohnung hergestellt werde. Ich bin überzeugt, daß gerade dieser letztere Wunsch die treibende Kraft bei der ganzen Frage gewesen ist. Wir haben wiederholt betont, daß wir die ganze Einrichtung des Militärkabinetts beurteilen, daß wir in ihm

eine militärische Nebenregierung

sehen. Aus einer Schreibhilfe für den Kaiser, die es eigentlich sein sollte, ist eine Instanz geworden, die auf dem Umwege über den Kaiser dem Kriegsministerium Aufträge erteilt. Der Kriegsminister v. Heeringen bestritt, daß ihm vom Militärkabinett ein Auftrag erteilt werden könne. Direkt gewiß nicht, aber die beiden Herren sind ja zum Vortrag beim Kaiser zugelassen, und was der Chef des Militärkabinetts nämlich, geht dem Kriegsminister als Befehl des Kaisers wieder zu. Als Verwaltungsbehörde sollte aber das Militärkabinett dem Kriegsminister unterstellt sein. Seine Wirkung vermögen wir zahlenmäßig am besten an der Hand des Pensionsetats zu erkennen, der bekanntlich beständig gewaltig in die Höhe geht. Für die Wirksamkeit des Militärkabinetts ist der Kriegsminister verantwortlich, obwohl er nicht den mindesten Einfluß darauf hat. Das Militärkabinett stellt eine militärische Nebenregierung dar, und zwar eine unverantwortliche und ist die feste Stütze des persönlichen Regiments. Daß der Kriegsminister für Dinge verantwortlich ist, auf die er keinen Einfluß hat, ist ganz unhaltbar, und es ist bezeichnend, daß sich immer noch Herren finden, die bereit sind, in solchem Fall die Verantwortung zu übernehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Räume des Militärkabinetts sind unzureichend geworden. Am einfachsten wäre es, dem Chef des Militärkabinetts den Wohnungsgeldzuschuß zu geben — er beträgt 15 333 M., und dafür ist wohl auch für einen preussischen General eine würdige Wohnung zu bekommen. Dann würden genügend Räume frei werden. Das

Militärkabinett braucht aber gar nicht in der teuren Gegend der Behrenstraße zu stehen, es könnte ganz gut auf dem Tempelhofer Felde errichtet werden, wo auch das Bezirkskommando erbaut ist. Ins Bezirkskommando müssen jährlich Tausende Berliner Bürger gehen; die Offiziere, die dem Militärkabinett unterstellt sind, haben persönlich dort sehr wenig zu tun, und die blauen Briefe, die von dort verandt werden, kommen in ganz gleicher Weise an, ob sie im Tempelhofer Felde oder in der Behrenstraße aufgegeben werden. (Sehr richtig!) Aber der Chef des Militärkabinetts wünschte

ein luxuriöses Dienstgebäude in der teuren Viktoriastraße

mit einer Dienstwohnung von 18 Zimmern und einem Festsaal. Da möchte ich doch fragen, ob das mit der so viel gerühmten militärischen Einfachheit in Einklang steht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärverwaltung wußte, daß sie ein solches Gebäude auf geradem Wege nicht bekommen würde, und deshalb suchte sie es auf sehr bedenklichen Umwegen zu erreichen. (Präs. Kämpf erücht den Redner, die parlamentarisch zulässigen Grenzen nicht zu überschreiten.) Als rettender Engel erschien eines Tages im Kriegsministerium ein Herr v. Winterfeldt, der sich als Vandalendirektor vorstellte. Mit ihm wurde verabredet, daß man gegen die Grundstücke in der Behren- und Königgräber Straße die Villa in der Viktoriastraße und das daneben befindliche Grundstück mit einem zu errichtenden Militärdienstgebäude und dann noch das Grundstück Wilhelmstr. 78 eintauschen wolle. Der Herr v. Winterfeldt belah damals gar nichts, aber hinter ihm stand die Dresdner Bank, die das nötige Geld gegen 6 Proz. Zinsen und monatliche Provision zur Verfügung stellte. In der Viktoriastraße ist ein dreistöckiges Gebäude errichtet, und der Reichstag dann vor die vollendete Tatsache gestellt worden. Das ganze läbliche Gebäude brach aber zusammen, als der preussische Landtag das Grundstück haben wollte, das die Militärverwaltung dem Herrn v. Winterfeldt versprochen hatte, und es brach völlig zusammen, als die Sache an den Reichstag kam. Der Staatssekretär Kühn erklärte damals, das Budgetrecht des Reichstages sei gewahrt, denn allen Abmachungen sei hinzugefügt worden „vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages“. Der Staatssekretär Kühn hatte also keine Kenntnis von dem, was im Kriegsministerium vorging. Bei der Verhandlung im Reichstag erklärte auch der Kriegsminister v. Heeringen, bestimmte Zusicherungen hätte man Herrn v. Winterfeldt machen müssen, doch sei das Reich in keiner Weise gebunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt aber zeigt sich, daß bindende Abmachungen mit Herrn v. Winterfeldt und seinen Hintermännern getroffen waren. (Hört! hört!) Die Kommission lehnte die Sache damals ab und im Plenum wurde die Forderung seitens der Regierung zurückgezogen. Damit schien die Sache für uns erledigt. Herr v. Winterfeldt hat aber den Militärstatus verlagert und sich mit ihm geeinigt, die Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Von diesem Schiedsgericht hatte der Reichstag keine Kenntnis; allerdings hatte der Staatssekretär Kühn in seiner langen Rede vom 2. Dezember darauf hingewiesen und zugleich gesagt, daß das Verfahren vor dem Schiedsgericht noch schwebte; aber dieser Passus seiner Rede war nicht beachtet worden. Das Schiedsgericht hat nun entschieden, daß das Reich an die Dresdner Bank einschließlich Zinsen etwa 3 1/2 Millionen Mark zu zahlen habe, oder das Grundstück in der Viktoriastraße übernehmen müsse zum Preise von rund fünf Millionen Mark. Das Reich ist danach mindestens um 2 bis 2 1/2 Millionen Mark geschädigt. Das Schiedsgericht hat festgestellt, daß man im Kriegsministerium den Plan hatte,

die Angelegenheit außeretatmäßig durchzuführen

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), indem ein Unternehmer auf einen ihm gehörigen Gelände unter Aufsicht des Ministeriums ein Gebäude errichten und dieses gegen ein anderes Grundstück dem Ministerium übergeben sollte. Dazu hielten die Herren sich für berechtigt. Die Resolution der Budgetkommission erklärt das Gegenteil. Der frühere Kriegsminister v. Heeringen sagte, der Chef des Militärkabinetts habe bei der ganzen Sache nicht mitgedeutet. Das Schiedsgericht aber stellt fest, daß das Grundstück Viktoriast. 34 nach dem Vorschlag des Chefs des Militärkabinetts in Aussicht genommen wurde. (Hört! hört! b. d. Soz.) Im Jahre 1911 fing die Sache an, ohne daß dem Reichstag von dem Ministerium Mitteilung gemacht wurde. Im Kriegsministerium sind die Pläne ausgearbeitet worden, die Bauausführung ist von einem Beamten des Kriegsministeriums überwacht worden, und da will man sagen, das Kriegsministerium habe sich nicht gebunden. In dem Prozeß machte das Kriegsministerium den Einwand, bindende Abmachungen seien mit Herrn v. Winterfeldt nicht getroffen worden, denn notariell sei gar nichts abgemacht worden. Dabei hatte Herr v. Winterfeldt einen Brief aus dem Kriegsministerium erhalten, worin bemerkt war: „Wenn das Kriegsministerium Ihnen einen solchen Brief schickt, so ist das mindestens so sicher, wie eine notarielle Beglaubigung“. Und dann beruft man sich nachher darauf, es sei nichts notariell abgemacht worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Einem parlamentarischen Ausdruck für ein solches Vorgehen gibt es nicht. Im kaufmännischen Leben würde das eine

Verletzung des Grundgesetzes von Treu und Glauben

bedeuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Kriegsminister damals ausführte, ein Unternehmer wäre bereit, auf eigenes Risiko den Bau herzustellen, so möchte ich wirklich wissen, wie es mit der geistigen Beschaffenheit eines Bauunternehmers aussehen müßte, der ein Grundstück kauft, dort ein Dienstgebäude für das Militärkabinett baut und einrichtet, und wenn alles fertig ist, dem Kriegsministerium erklärt: Nun bitte, erwägt einmal, ob Ihr mir das abnehmen wollt! (Weiterkeit.)

Gegenüber der Erklärung des Kriegsministers in der Kommission, daß er trotz alledem, was vorgegangen sei, das Gebäude für das Militärkabinett reklamierte, hat die Kommission das Gebäude dem Reichsschatzamt überwiesen, mit dem Auftrage, es, wenn möglich, zum Selbstkostenpreise zu verkaufen. Daraus geht klar hervor, daß die Mehrheit der Kommission und wohl auch die große Mehrheit des Reichstages nicht damit einverstanden ist, daß ein solches Gebäude für das Militärkabinett errichtet wird. Den Resolutionen der Kommission stimmen wir zu. Es muß festgestellt werden, welche Beamten mit ihrem Vermögen für die Millionen, um die das Reich benachteiligt ist, haftbar gemacht werden können. Die Schuldigen sind zwar alle vom Schauspiel ihrer Tätigkeit verschunden. Aber sie sind doch da, und man kann sie verantwortlich machen. Auch muß die Frage geprüft werden, ob denn der Reichskanzler von den Dingen gar nichts gewußt hat, und ob er nicht auch regrespflichtig gemacht werden kann.

Dringend notwendig ist es ferner, daß die Rechte der Verwaltung in dem verlangten Reichswirtschaftsgesetz genau abgegrenzt werden. Hat doch Staatssekretär Kühn in der Kommission den Standpunkt vertreten, daß bei Kaufgeschäften der Reichstag nicht gefragt zu werden braucht. Dagegen wurde in der Kommission allgemein protestiert. Wenn bisher in dieser Beziehung eine gewisse Handlungsfreiheit gelassen wurde, so bezieht sich das natürlich nur auf kleine Objekte, aber daran hat niemand gedacht, daß ein Staatssekretär auf den Gedanken kommen könnte, daß er Millionenobjekte verkaufen dürfe, ohne den Reichstag zu fragen. In der Kommission wurde bemerkt: Da könnte man ja einen schönen Tages

den Reichstag verkaufen gegen irgend ein anderes Gebäude!

(Weiterkeit.) Es muß also festgelegt werden, daß die Regierung kein Recht hat, Kaufgeschäfte zu machen, bei denen die Vermögenssubstanz des Reichs erheblich beeinträchtigt werden kann. Die ganze Angelegenheit ist wieder einmal ein Ausfluß des Mach-

willens des Militarismus, der hier versucht, das Budgetrecht des Reichstages auszuhalten, sich über die Verfassung hinwegzusetzen. Das zeigt, wohin die Fahrt geht, und nur ein geschlossener Widerstand des Reichstages kann das deutsche Volk vor größerem Schaden bewahren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiffer (natl.):

Die Ausführungen über die Befugnisse des Chefs des Militärkabinetts gehörten kaum zur Sache. Sie waren auch nicht nötig, denn der ganze Reichstag dürfte sich darüber einig sein, daß das anfängliche Vorgehen der Militärverwaltung mit dem Budgetrecht des Reichstages nicht in Einklang zu bringen ist. Das hat der jetzige Kriegsminister auch in der Kommission ohne weiteres zugegeben. Die jetzige moralische und finanzielle Zwangslage des Reichstages ist in der Tat sehr mißlich. Das Vertrauen, das wir der Regierung entgegenbringen müssen, ist hier auf eine schwere Probe gestellt worden. Diese Beeinträchtigung des Vertrauens zwischen Regierung und Reichstag ist für mich das schlimmste an der Sache. Der Beschluß der Kommission bildet ja nun einen einigermaßen erträglichen Ausweg. Ebenso stimmen wir den Resolutionen zu. Eineingeleuchtet werden muß auch in die Art, wie Herr v. Winterfeldt in das Kriegsministerium eingeführt worden ist. (Bravo!)

Abg. Gothein (Sp.):

Sämtlich Parteien sind einig darin, daß die Vorgänge, die zu dem Kaufgeschäft geführt haben, das Etablierte des Reichstages verletzen. Selbst das Schiedsgericht hat festgestellt, daß im Kriegsministerium der Plan vorlag, die Sache „außeretatmäßig“ zu erledigen. Wegen die Erledigung der Sache durch ein Schiedsgericht haben wir nichts einzunehmen. Der Statist ist dabei auch noch recht gut gefahren. Für uns ist aber wichtiger als die Frage, ob ein größerer oder kleinerer Verlust für das Reich entsteht, die Frage der Verletzung unseres Budgetrechts. Setzt das Militärkabinett seinen Willen schließlich doch durch, so wird es wieder heißen, der Reichstag kann doch

nur schöne Reden halten.

Das wird durch den Beschluß der Budgetkommission vermieden. Die Resolutionen der Kommission bitte ich ebenfalls anzunehmen. Allerdings gebe ich mich keinen großen Erwartungen hin über das, was bei den Regrehanprüfungen herauskommen wird, schon weil ich hoffe, daß das Reich schließlich überhaupt ohne Verlust davonkommen wird. Freilich wäre die Erziehung derer, die sich so leicht über das Etablierte des Reichstages hinwegsetzen, durch Maßnahmen, die ihr eigenes Portemonnaie treffen, sehr wirksam — das Portemonnaie gehört ja zu den empfindlichsten Körperteilen. (Weiterkeit.) Die Forderung der Kommission nach einem Wirtschaftsgesetz ist ein alter Ladenhüter, den ich hier vor 30 Jahren schon vorgefunden habe. Mit einer Resolution werden wir es nicht erreichen. (Sehr wahr! links.) Trotzdem stimmen wir natürlich der Resolution zu. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsschatzsekretär Kühn:

Jegende eine absichtliche Verletzung des Budgetrechts des Reichstages ist nicht vorgekommen. Keine Kaufgeschäfte, die glatt aufgeben, halten wir für zulässig, bei größerem Umfang sind wir freilich der Meinung, dem Reichstage solle Mitteilung gemacht werden, was leicht geschehen kann, indem man ein Kaufgeschäft in zwei Kaufgeschäfte auflöst. In der Verwaltung bestand einige Zeit hindurch die Ansicht, es handele sich auch hier um ein reines Kaufgeschäft. Von dieser Ansicht hat die Reichsleitung zurück bereits zu einer Zeit, als in der Öffentlichkeit noch gar nichts von der Sache bekannt war. Diese Tatsache gibt wohl die Gewähr, daß auch in Zukunft so verfahren wird, und daß zu einem Mißtrauen kein Anlaß vorliegt.

Abg. Ledebour (Soz.):

Auf die Befugnisse des Militärkabinetts mußte eingegangen werden, da ja letzten Endes das Militärkabinett der Schuldige an der Verletzung des Budgetrechts ist. Wenn nach der Vermutung des Abg. Gothein letzten Endes das Reich keinen Schaden erleiden wird, so bleiben doch die Kosten des Verfahrens vor dem Schiedsgericht mit etwa 80 000 M., die ebenfalls unter die Regrehpflcht fallen. Deshalb ist es nötig, diese Regrehpflcht mit allen Konsequenzen in Anspruch zu nehmen; wir kriegen von den Regrehpflchtigen 30 000 Mark eher als 8 Millionen Mark, und die Lehre, die den Betreffenden erteilt wird, ist dieselbe. (Sehr wahr!) Der Kriegsminister hat ja auch in der Budgetkommission gesagt: Unter meiner Verwaltung kommt so etwas nicht vor! Ein gebortener Kriegsminister scheint eben das Feuer. Die Auffassung des Schatzsekretärs Kühn, daß bei reinen Kaufgeschäften der Reichstag nicht gefragt zu werden braucht, könnte dazu führen, daß z. B. auch das Reichstagsgebäude gegen ein anderes Grundstück eingetauscht wird, ohne daß dem Reichstag Kenntnis gegeben wird.

Wir müssen also verlangen, daß für alle Kaufgeschäfte die Genehmigung des Reichstages

nachgesucht wird. Das muß sich der Reichstag erzwingen. Die Resolution, der wir ja auch zustimmen werden, wird wenig nützen. Die Regierung wird nachher einfach erklären, das lasse sich nicht durchführen. Dann sitzen wir mit unseren Talenten da. Nur durch Ausnutzung seines Budgetrechts, indem er an geeigneter Stelle bestimmte Bedingungen stellt, kann der Reichstag wirklich etwas erreichen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ein völliges Vertrauen zwischen Bundesrat und Reichstag kann nie vorhanden sein, denn es handelt sich hier um den Kampf um die Macht, in dem der Reichstag bisher immer den Kürzeren gezogen hat, weil er seine bisherigen Machtbefugnisse nie ausgenutzt hat. Die einzige Möglichkeit zu einer endgültigen Lösung solcher Fragen ist die Herstellung des wahren konstitutionalismus, unter dem der Reichstag allein über solche Dinge zu bestimmen hat, und die Regierung nur das ausführende Organ ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Sp.):

Die Erklärung des Staatssekretärs entbehrt auch für mich der genügenden Klarheit. Es muß festgelegt werden, daß Kaufgeschäfte ebenso zu behandeln sind wie Kaufgeschäfte. Der Kauf ist eine unvollkommene Form des Güterumsatzes, seine Anwendung im Privatleben nennt man unter Umständen Schiebung. (Sehr gut! links.)

Reichsschatzsekretär Kühn:

Ich habe nur gesagt: „grundsätzlich hat die Regierung das Recht, reine Kaufgeschäfte ohne Zustimmung des Reichstages zu machen. Ich habe aber weiter hervorgehoben, daß trotzdem die Finanzverwaltung in der Regel die Zustimmung des Reichstages bei solchen Geschäften eingeholt hat, und einholen wird.“

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Die Vertreter des Kriegsministeriums, die hier angegriffen worden sind, haben allerdings, indem sie die erwähnten Verpflichtungen eingingen, und die Militärverwaltung sowie die Volksvertretung banden, etwas getan, was sie bei einem Geschäft wie dem vorliegenden, das kein reines Kaufgeschäft war, meiner Ansicht nach nicht tun durften. Aber man soll die Sache doch nicht so hart ansehen, denn sie haben jedenfalls geglaubt, ein vorzügliches Geschäft für das Reich zu machen, und auch jetzt ist es noch ein wenigstens erträgliches. Der Chef des Militärkabinetts hat bei der Sache nur soviel mitgewirkt wie jeder Vauherr bei einem Bau mitwirkt, der für ihn resp. seine Behörde ausgeführt wird.

Von einer Injurien Wohnung kann keine Rede sein. Der sogenannte Festaal ist zehnmal 6 Meter groß, also wie eine gute Berliner Stube. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Gebäude ist auch nicht dieser Wohnung wegen ausgesetzt, sondern um neue Arbeitsräume zu schaffen. Wenn weiter das Verhältnis des Kriegsministers zum Chef des Militärkabinetts erörtert wurde, so will ich nur folgendes sagen: Man hat so sehr das Budgetrecht des Reichstags betont — und ich bin gewiss einverstanden, daß es aufs strengste beachtet wird —, aber wenn man sich dafür auf die Verfassung beruft, so befragt die Verfassung auch andererseits, daß die Dienstverhältnisse des Militärkabinetts der Verantwortlichkeit des Kriegsministers entzogen sind. Also wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie die Verfassung ändern. Im übrigen will ich ja im Laufe einiger Wochen Gelegenheit bieten, auf diese Fragen näher einzugehen.

Abg. Gothein (Sp.):

Nach der letzten Aeußerung des Reichschatzsekretärs möchte ich nur wünschen, daß er grundsätzlich in der Frage des Lauschaufschlags nicht mehr nach Grundsätzen handelt. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Kriegsminister hat die Beamten seines Ressorts damit zu entschuldigen gesucht, daß sie geglaubt hätten, es handle sich um ein gutes Geschäft für das Reich. Darin irrt er. Das gute Geschäft hätte nur das Militärkabinett gemacht, für das Reich ist es kein gutes Geschäft, wenn es fünf Millionen für ein Gebäude hergeben muß, das mit 1 oder 2 Millionen auch herzustellen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Kriegsminister weiter sagte, der Chef des Militärkabinetts sei der Vauherr gewesen, so hat er damit doch zugestanden, daß der Chef des Militärkabinetts über das Kriegsministerium hinaus in dieser Sache einen maßgebenden Einfluß ausgeübt hat. Diese Ueberordnung des Militärkabinetts beklagen wir ja gerade, und wir befinden uns in der eigentümlichen Lage, daß wir das Kriegsministerium gegen unbedingte Einflüsse des Militärkabinetts verteidigen müssen. Dem Kriegsminister selbst ist es vielleicht nicht unerwünscht, wenn mit dieser unsem Verfassungsleben zuwideren Stellung des Militärkabinetts endlich ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Ich muß feststellen, daß die Kommission nicht beschloffen hat, daß das Gebäude nicht zu Zwecken des Militärkabinetts verwendet werden darf. Die Verwendung bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Abg. Ledebour (Soz.):

In der Kommission wurde von uns ausdrücklich festgestellt, daß der Sinn des Beschlusses sei, dem Militärkabinett das Gebäude in der Viktoriasstraße unter keinen Umständen zu geben. Von seiner Seite wurde dem widersprochen. Würde sich jetzt eine Mehrheit finden, die das Grundstück doch dem Militärkabinett überliefern will, so würde der Reichstag sich selbst ins Gesicht schlagen, es wäre das eine Handlung wider Treu und Glauben.

Abg. Rogalla von Viberstein (L.):

Am ersten Tage in der Kommission hat Herr Ledebour allerdings die Auffassung vertreten, das Militärkabinett dürfe das Hausgrundstück und Gebäude in der Viktoriasstraße nicht erhalten, am zweiten Tage aber nicht (Widerspruch des Abg. Ledebour), mindestens nicht in ebenso starker Form.

Abg. Gothein (Sp.):

Auch ich habe in der Kommission den Antrag so begründet, daß das Militärkabinett das Gebäude in der Viktoriasstraße nicht erhält, und ein Mitglied des Zentrums hat dem zugestimmt. (Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Das Bestreite ich nicht. Aber in dem Beschlusse selbst steht nichts davon, und nur dieser unterliegt der Beschlußfassung des Reichstags. Uebrigens kann über das Grundstück nur verfügt werden unter Zustimmung des Reichstags.

Abg. Stücken (Soz.):

Die ganze Debatte in der Kommission drehte sich darum, daß das Militärkabinett das Gebäude unter keinen Umständen erhalten solle. Wenn jetzt der Beschlusse anders gedeutet werden soll, so muß er in der dritten Lesung anders gefaßt werden.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wenn ich in der zweiten Sitzung die Sache nicht mit demselben Nachdruck dargestellt habe, wie in der ersten, so habe ich eben mit dem Fassungsvermögen des Herrn v. Viberstein nicht gerechnet. (Heiterkeit.)

Die Debatte schließt; der Nachtragsetat wird bewilligt und, da kein Widerspruch erfolgt, sofort auch debattelos in dritter Lesung. Es folgt die zweite Beratung des

Etats des Reichschatzamts.

Abg. Stolle (Soz.):

kritisiert ausführlich das System der Einfuhrsteine. (Vizepräsident Dove unterbricht den Redner wiederholt und erwidert ihm, bei diesem Etat nur die finanzielle Seite der Frage zu erörtern und nicht eine allgemeine Debatte über die Wirtschaftspolitik zu entfesseln.) Das System der Einfuhrsteine führt auch zur Steigerung der Fleisch- und Brotpreise. Deshalb frage ich die Regierung, ob das System der Einfuhrsteine ein dauerndes bleiben soll. So lange sie bestehen, ist an eine Verbilligung der Lebensmittel nicht zu denken. Unsere Aufgabe ist es aber, im Interesse des Volkes darauf hinzuwirken, daß das Brot und Fleisch billiger wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulenburg (natl.):

weist darauf hin, daß die Unterbeamten bei dem Reichschatzamt mit ihrem Wohnungsgeldzuschuß nicht auskommen.

Abg. Prinz Schonenich-Carolath (natl.):

Den Veteranen sind 80 M. mehr bewilligt worden. Das ist außerordentlich wenig. Eine weitere Erhöhung der Beihilfen ist dringend notwendig. Vor allem dürfen die Bestimmungen des Bundesrats nicht kleinlich und engherzig ausgefaßt werden. (Sehr richtig!) Der Reichsverband von Veteranen, dem Kriegsteilnehmer aller Parteien angehören, hat im vorigen Jahre einen Aufruf für eine Jubiläumsspende erlassen, die auch einen guten Erfolg hatte. Aber der Reichsverband hat davon 4076 M. als Schenkungsteuer zahlen müssen. Das sollte man ihm doch zurückgewähren. (Zustimmung.) — Weiter sollten wir uns bemühen, die Veteranenbeihilfe noch weiter, bis auf 180 M. jährlich zu erhöhen.

Generalmajor Freiherr v. Langemann:

Als Kriegsteilnehmer gelten, gleichgültig ob sie im Gefecht gewesen sind oder nicht, alle Veteranen, die an kriegerischen Operationen teilgenommen haben. Für die Handwerkerabteilungen trifft das nicht zu. Da sich für diese etwas wird tun lassen, kann ich im Augenblick nicht sagen.

Abg. Baumann (Z.):

Auch die Beihilfe von 150 M. ist noch sehr gering; vielleicht kann sie für die kranken und bettlägerigen Veteranen um 20—25 M. erhöht werden.

Abg. Rupp (Konf.):

Wir stimmen der von der Kommission beantragten Resolution zu, die Anwartschaft auf die Veteranenbeihilfe auch auf Nicht-Kombattanten auszuweiten, die in den Kriegsjahren die feindliche Grenze überschritten oder irgendwo auf dem Kriegsschauplatz verwendet worden sind. — Eine nicht engherzige Ausdehnung der Bestimmungen wünschen auch wir.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bielepp, Neuföhren. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abg. Brachhoff (Sp.):

Dem Wunsch des Abg. Prinz Carolath, die Beihilfen auf 180 M. zu erhöhen, schließe ich mich an, ebenso dem Wunsch des Vorredners, bei der Gewährung der Beihilfen nicht kleinlich und engherzig zu verfahren. Die Landräte haben oft eine sehr scharfe Tonart, wenn alte Kriegsteilnehmer um die Beihilfe nachsuchen. Die Einkommensgrenze, bei der die Beihilfe gewährt wird, sollte von 600 auf 1000 M. erhöht werden. Klage wird auch darüber geführt, daß bei der Gewährung der Beihilfe die politische Gesinnung berücksichtigt wird. (Hört! hört! links.)

Reichschatzsekretär Kühn:

Die Gewährung der Beihilfe ist an eine bestimmte Einkommensgrenze überhaupt nicht gebunden, es sollen vielmehr die wirtschaftlichen Verhältnisse des Wohnortes berücksichtigt werden. Eine Nachforschung nach der politischen Gesinnung derjenigen, die um die Beihilfe nachsuchen, ist nicht zulässig.

Abg. Behrens (Wirtsch. Pg.):

betont, daß die Schwierigkeiten der Ausführung der Bestimmungen bei den untersten lokalen Instanzen liegen. Diese müssen von dieser Stelle aufgefordert werden, weisbergiger zu urteilen und das Gesetz nicht rein buchstäblich auszuliegen.

Abg. Dr. Sadekm (Soz.):

Die Petitionen der Veteranen bringen jedes Jahr aus der tiefsten Tiefe dieses Landes zu uns. Die Ausführung des Gesetzes ist zweifellos nicht so, wie sie sein sollte. Auch politische Gesichtspunkte spielen bei der Zuerkennung der Veteranenbeihilfe noch immer eine Rolle. In demselben Ort kommen große Ungleichheiten vor, ganz offenbar bezugsberechtigten Veteranen kommen trotz aller Bemühungen nicht in den Besitz der Beihilfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal der Buchstabe des Gesetzes wird eingehalten, von einer weitherzigen Auslegung ist erst recht keine Rede. Die Resolution der Budgetkommission wird sicher einstimmig angenommen werden. Der Antrag des Abg. Baumann, für kranke bettlägerige Veteranenwitwen besonders zu sorgen, stimmen wir zu. Aber mit 20 Mark im Monat ist ihnen nicht geholfen. Hier müßte Hilfe in Naturalverpflegung und Krankenhilfe gewährt werden. Die Hauptsache ist, daß allgemein die Grenze für die Altersversicherung von 70 auf 65 und dann auf 60 Jahre herabgesetzt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Die Sozialdemokratie stellt auch hier wieder Anträge, von deren Umsetzbarkeit sie selbst überzeugt ist. (Präsident Raempf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Erhöhung der Bezüge ist für die Kriegsteilnehmer wichtiger als Krankenhilfe.

Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Budgetkommission wird einstimmig angenommen.

Abg. Arendt (Sp.):

wünscht vermehrte Prägung von kleinen Münzen und bessere Ausführung von Denkmünzen. Die Denkmünzen sollten auch so zahlreich geprägt werden, daß sie wirklich in die Hände des Volkes kommen und nicht nur der Zwischenhandel Nutzen davon hat.

Der Etat wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr pünktlich. (Anfragen, Rechnungen, Etat für Staatsschau.)

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung. Montag, den 23. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Dallwitz.

Die Kölner Eingemeindung.

In der fortgesetzten ersten Beratung äußert

Abg. Dr. v. Brünning (L.)

schwerwiegende prinzipielle Bedenken gegen die Eingemeindungen überhaupt, die die Selbständigkeit aller Gemeinden vernichten und deren Notwendigkeit im vorliegenden Fall nicht nachgewiesen sei. Trotz einer Regierungserklärung bei einem früheren Anlaß werde sich seine Partei nicht davon abhalten lassen, eventuell Änderungen an der Vorlage vorzunehmen.

Abg. Baumeister (natl.)

erklärt die Sympathie seiner Partei für die Vorlage, die durch die Festschließungen Kölns notwendig gemacht werde und fordert das Zentrum auf, auch anderen Eingemeindungen gegenüber dieselbe Objektivität aufzubringen.

Abg. von Dercken (L.)

ist zwar prinzipieller Gegner der Eingemeindung, glaubt aber doch, daß im vorliegenden Fall eine Ausnahme gerechtfertigt sei.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Wir sind für die Eingemeindung. Wir wissen, wie Köln durch die Ringmauerbeschränkungen leidet und wie namentlich die Umwandlung der inneren Stadt in eine Gasse, in ein Geschäftsviertel, die Erreichung gesunder Wohnverhältnisse bei dem mangelnden Terrain erschwert oder gar verhindert. Wir sehen das alles in Berlin vor uns, das zwar nicht durch einen Festungsgraben, wohl aber durch den Gürtel der zahlreichen Vororte stranguliert wird. Was uns hier von Mühlheim und Meisheim gejagt wurde, trifft für Berlin, Treptow und Reinickendorf in hohem Maße zu. Berlin ist in Treptow der größte Grundbesitzer; es besitzt dort Millionenhektare, ist aber selbst mit seinen zwei Millionen Einwohnern auf nur 6363 Hektar beschränkt. Ich hoffe daher, daß die von dem Abg. Baumeister gewünschte Objektivität nicht nur beim Zentrum, sondern auch auf der rechten Seite maßgebend sein wird, wenn es sich einmal um Berlin handelt und daß alle diejenigen, die nicht Vorkriegspolitik treiben wollen — und das kann man doch von keinem Mitglied des Hauses annehmen! (Heiterkeit links) — Berlin das nicht versagen werden, was sie anderen Städten ohne weiteres bewilligen.

Nachdem sich noch die Abg. Eichhoff (Sp.) und Dr. Becker (Z.) für die Vorlage ausgesprochen haben, wird diese an die verstärkte Gemeindefunktion überwiesen.

Das Staatsetatgesetz, das die Regierung ermächtigen will, die Steuern fortzuerheben und die Ausgaben weiter zu leisten, bis der Etat vom Landtag erledigt ist, wird ohne Debatte an die Budgetkommission überwiesen.

Das Fürsorgeerziehungsgesetz.

Dazu liegt ein Entwurf vor, der eine Abänderung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Vinderjähriger vorschlägt und eine Vereinfachung und Vereinerung des Verfahrens der Ueberweisung Vinderjähriger an die Fürsorgeerziehung bezweckt.

Minister v. Dallwitz

führt zur Begründung des Entwurfs aus, daß der Entwurf einem vielfach zur Sprache gekommenen Bedürfnisse Rechnung tragen will. Es handelt sich dabei darum, im Interesse der gefährdeten Vinderjährigen ein reiches Eingreifen der Behörden zu ermöglichen und die Durchführung des Antrages auf Fürsorgeerziehung zu beschleunigen. Ich requie auf die allseitige Zustimmung zu diesem Entwurf.

Abg. Schmiedding (Z.) erwidert, den Gesetzentwurf ohne Kommissionsberatung anzunehmen. Abg. v. Pappenheim (L.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Wir haben gewiß nicht die Absicht, die Verhandlungen des Hauses aufzuhalten, doch sind wir zu der Einsicht gelangt, daß eine Kommissionsberatung des vorliegenden Entwurfs notwendig ist, da die Fassung des Gesetzentwurfes nicht die erforderlichen Garantien, die wir verlangen, bietet. Nehmen Sie das ab, so müssen wir uns vorbehalten, bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfes auf seine Einzelheiten ausführlich zurückzukommen.

Abg. Dr. Viepmann (natl.): Wir begrüßen den vorliegenden Gesetzentwurf und stimmen für ihn auch ohne Kommissionsberatung. Abg. Bieder (L.) und Abg. Otto (Sp.) schließen sich den Ausführungen des Abg. Viepmann an.

Abg. Hirsch (Soz.):

Nachdem die Redner aller Fraktionen bereit sind, dem Gesetzentwurf ohne Kommissionsberatung zuzustimmen, ziehen auch wir unsere Anregung auf Kommissionsberatung zurück. Wir haben uns schon früher bei der Beratung des Antrages Schmiedding in demselben Sinne wie die Fraktionen ausgesprochen; wir haben stets betont, daß wir es da, wo Verwahrlosung droht, für notwendig halten, so schnell als möglich einzugreifen. Unbeschadet der Haltung, die wir sonst dem Fürsorgeerziehungsgesetz gegenüber beobachten, und der Kritik, die wir an der Ausführung des Gesetzes zu machen haben, nehmen wir diese Stellung dem vorliegenden Gesetzentwurf gegenüber ein. Aus dem Bericht über die Fürsorgeerziehung geht hervor, daß die meisten Kinder, die im vorschulpflichtigen Alter der Fürsorgeerziehung überliefert werden, Eltern angehören, die entweder mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen waren, oder solchen Eltern, die ihre Kinder den Tag über ohne Aufsicht lassen. Das sollte uns lehren, nicht nur einzugreifen, wenn Verwahrlosung droht, sondern dafür zu sorgen, die Ursachen aus der Welt zu schaffen, welche die Fürsorgeerziehung nötig machen. Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in kleineren Städten bleiben zahlreiche Kinder ohne Aufsicht, und zwar meistens solche, deren Eltern entweder beide den Tag über auf Arbeit sind, oder die nur eine Mutter haben, die in einer Fabrik ihr Brot verdienen muß. Nach einer Statistik gibt es allein in Berlin

20 000 solcher aufsichtsloser Schulkinder.

Nur der dritte Teil von ihnen ist in Kinderhorten untergebracht. In Frankfurt a. M. wo die Verhältnisse ähnlich liegen, hat man 26 Proz. der Volksschulkinder als hordbedürftig festgestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da darf nicht alles der freien Liebe überlassen werden und Kommunen überlassen bleiben, sondern der Staat selbst muß auf diesem Gebiete seine Pflicht erfüllen. Aber der Staat und auch die Kirche haben bisher viel zu wenig getan. Mehr als durch diese Kolonne — mit der wir übrigens einverstanden sind — wird erreicht werden, wenn der Staat Mittel zur Unterstützung derjenigen Vereine bewilligt, die sich der fürsorgebedürftigen Kinder annehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der nächstjährigen Etatsberatung werden wir einen entsprechenden Antrag stellen und hoffen auf die Zustimmung der Mehrheit des Hauses. Das Geld, das wir dafür ausgeben, wird reiche Früchte tragen und uns die Ausgaben für die Fürsorgeerziehung doppelt und dreifach ersparen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die erste Lesung beendet und in sofort anschließender zweiter Lesung wird das Gesetz angenommen.

Hierauf wird die

Beratung des Etats

fortgesetzt. Die Etats des Staatsministeriums, der Generalordenskommission und der Oberrechnungskammer werden ohne Erörterung angenommen. Ebenso der Etat der Geheimesammlung in Berlin, nachdem ein Antrag v. Strombeck (Z.) billige Verleibungsausgaben solcher Gesetze, deren Kenntnis für weite Kreise der Bevölkerung wichtig ist, herzustellen, abgelehnt wurde. Ebenso wird der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten angenommen. Darauf folgt der Etat der preussischen Zentralgenossenschaftslasse. Nach längerer Debatte, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß die preussische Zentralgenossenschaftslasse sich zu einem Reichsinstitut auswachsen könne und Förderung der Genossenschaften verlangt wird, wird der Etatstittel genehmigt. Dienstag: Ansidelungsdenkschrift. Schluß 5 Uhr.

Jugendbewegung.

Ein Todesopfer der bürgerlichen „Jugendpflege“.

Am Sonnabendnachmittag hatten die bürgerlichen Jugendfänger in dem pommerischen Städtchen Bollnow die oberen Klassen der dortigen Schulen zu einem Geländekriegsspiel vor den Toren der Stadt zusammengetrommelt. Dabei ging es so kriegerisch zu, daß in aber Eile Verschanzungen aufgeworfen wurden, ohne daß man Sicherungen gegen Einsturzgefahr schuf, die bei dem lockeren Sandboden unbedingt erforderlich sind. So wurde aus dem „Kriegsmäßigen“ Spiel blutiger Ernst. Bei einer der Höhlen kamen die Erdmassen ins Rutschen und begruben den Sohn des Richters Martin unter sich. Das Kind erstickte, ehe man ihm Rettung bringen konnte.

Arbeiter-Sportartikel Nichtenberg und Umgegend. Die erste ardenliche Mitgliederversammlung des Kartells findet am Mittwoch, den 25. März, 7 1/2 Uhr, in Nichtenberg, Nichtenberg, Hauptstr. 83, statt. Ein Beirat des Genossen Deinetz über Kartelle und ihre Aufgaben sowie die Besprechung über das Sportfest sind die Hauptpunkte der Tagesordnung.

Witterungsbericht vom 23. März 1914.

Stationen	Temperatur humb. min.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Temperatur humb. min.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Eminende.	72	SE	3	Rebel	—	Kabarande	76	SE	2	Rebel	—
Hamburg	75	SE	1	wolkenl.	4	Betersburg	76	SE	3	bedekt	—
Berlin	75	SE	1	Rebel	2	Calix	75	SE	5	bedekt	8
Frankf. a. M.	75	N	1	bedekt	3	Aberdeen	74	SE	1	wolkenl.	1
München	75	SE	1	wolkenl.	4	Paris	75	SE	2	wolkenl.	1
Wien	74	SE	1	Rebel	1						

Wetterprognose für Dienstag, den 24. März 1914. Heißer, aber meist veränderlich, nachts kühl, am Tage ziemlich mild bei meist schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wassersüß-Radrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wassersüß	am 22. 3.	am 21. 3.	Wassersüß	am 22. 3.	am 21. 3.
Remel, Mühl	523	—14	Saale, Gochditz	294	—16
Regel, Ankerburg	243	—15	Saale, Gochditz	114	—1
Reichel, Thorn	290	—10	Saale, Gochditz	131	—1
Reichel, Rathow	292	—5	Spreew., Spremberg	134	—7
Reichel, Krossen	255	—2	Spreew., Spremberg	141	—4
Reichel, Jankow	293	—6	Spreew., Spremberg	385	—19
Reichel, Scharnau	242	—4	Spreew., Spremberg	455	—25
Reichel, Landsberg	209	—1	Spreew., Spremberg	570	—2
Reichel, Vordamm	160	—2	Spreew., Spremberg	450	—21
Reichel, Zeitnitz	190	—9	Spreew., Spremberg	571	—21
Reichel, Dresden	109	—10	Spreew., Spremberg	222	—4
Reichel, Barbo	433	0	Spreew., Spremberg	358	—26
Reichel, Radeburg	360	—2	Spreew., Spremberg	294	—7

1) + bedeutet Frost, — Fall, — ? Unterbrecht.